

kaarst*

* Beteiligungsbericht für
das Geschäftsjahr
2011



Stand: 02.11.2012

Herausgeber:

Stadt Kaarst
Bereich Finanzen
Kämmerei
Am Neumarkt 2

41564 Kaarst

Telefon: (0 21 31) 987-455
Telefax: (0 21 31) 9877-455
e-Mail: olaf.kretschmar@kaarst.de

Titelgrafik: © Stauke - Fotolia.com

Der Beteiligungsbericht ist als Beitrag zu einer größeren Transparenz kommunaler Beteiligungen an privatrechtlichen sowie öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einrichtungen anzusehen. Die Informationen erlauben eine bessere Einschätzung und differenziertere Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Lage der Stadt Kaarst sowie seiner Chancen und Risiken, bezogen auf die Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung. Darüber hinaus ist auch für die Öffentlichkeit von Interesse, in welcher Form und in welchem Umfang die Stadt sich außerhalb ihrer Kernverwaltung in ausgliederten Organisationseinheiten privatrechtlich und öffentlich-rechtlich betätigt.

Mit dem Beteiligungsbericht 2011 kommt die Stadt Kaarst ihrer Verpflichtung aus § 117 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) zur Berichterstattung über seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung nach. Gemäß § 52 Gemeindehaus-haltsverordnung NRW (GemHVO NRW) sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

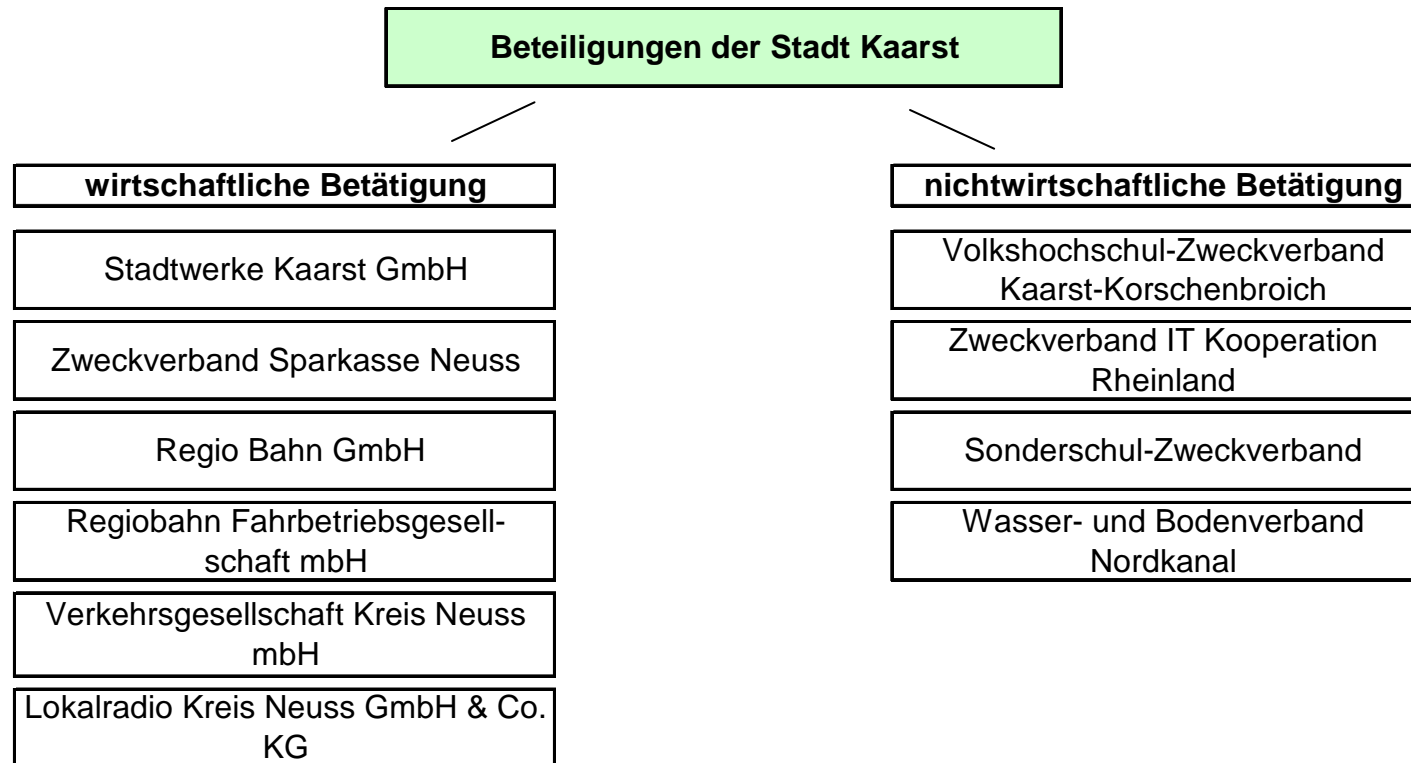
Die Bilanzen und die Gewinn- und Verlustrechnungen sind in einer Zahlenreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Bei ihrer Darstellung können bestimmte Vereinfachungen nach Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Anspruch genommen werden. Anhand einer Gesamtübersicht sind alle Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form aufzuzeigen. Sofern die vorstehenden Datengrundlagen nicht vorliegen, sind andere geeignete Unterlagen als Basis für eine entsprechende Beteiligungs-darstellung zu nutzen.

Der vorliegende Beteiligungsbericht 2011 beinhaltet grundlegende Informationen zu den privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der Stadt Kaarst auf Basis der geprüften Jahresabschlüsse der Gesellschaften zum 31.12.2011. In einzelnen Fällen mussten die Vorjahresdaten als Grundlage genommen werden, da aktuelle Zahlen nicht vorlagen. Hinsichtlich der nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen wurde überwiegend auf Passagen aus den dortigen Prüfberichten zurückgegriffen.

INHALT

ÜBERBLICK ÜBER DIE BETEILIGUNGEN	5
STADTWERKE KAARST GMBH	6
SPARKASSE NEUSS – ZWECKVERBANDSSPARKASSE DES RHEIN-KREISES NEUSS, DER STADT NEUSS, DER STADT KORSCHENBROICH UND DER STADT KAARST	17
REGIONALE BAHNGESELLSCHAFT KAARST – NEUSS – DÜSSELDORF – ERKRATH – METTMANN – WUPPERTAL MBH (REGIO-BAHN)	29
REGIOBAHN FAHRBETRIEBSGESELLSCHAFT MBH.....	39
VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH.....	44
LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & Co. KG	48
VOLKSHOCHSCHUL-ZWECKVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH	55
ZWECKVERBAND IT-KOOPERATION RHEINLAND	65
SCHULVERBAND KAARST-KORSCHENBROICH FÜR DIE MARTINUSSCHULE, FÖRDERSCHULE MIT DEM FÖRDERSCHWERPUNKT LERNEN	80
WASSER- UND BODENVERBAND NORDKANAL	86

Überblick über die Beteiligungen



Stadtwerke Kaarst GmbH

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 05. Juli 2011
Handelsregister	HRB 10658 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung mit Energie einschließlich Kraft-Wärme Kopplung und Nahwärmeversorgung und damit zusammenhängende Dienstleistungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH ist die Versorgung von Endkunden im Stadtgebiet Kaarst mit Energie. Darüber hinaus stehen die Stadtwerke im Eigentum der Gasversorgungsanlage im Stadtgebiet Kaarst. Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat die ihr von der Stadt Kaarst im Rahmen der Daseinsvorsorge übertragene öffentliche Zwecksetzung im Berichtszeitraum nachhaltig erfüllt. Durch die wirtschaftliche und strategische Ausrichtung des Unternehmens ist die Versorgungssicherheit langfristig gewährleistet und die wirtschaftliche Energieversorgung sichergestellt.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2,6 Mio. EUR und wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Kaarst	1.300.000,00 €	50,00
Gelsenwasser AG	1.300.000,00 €	50,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Gesellschafterversammlung ist Frau Dorothea Zillmer. Stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dr. Horst Blechschmidt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus sechs Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Kaarst bestellt werden. Drei weitere Mitglieder werden von der GELSENWASSER AG entsendet.

Vertreter im Aufsichtsrat für die Stadt Kaarst waren im Berichtsjahr Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann (bis 5. September 2011) als Vorsitzender, Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter (seit 5. September 2011) sowie Herr Lars Christoph und Herr Ulf Imiela.

Geschäftsführung

Markus Barczik
Heinz-Dieter Vogt (Fachbereich II)

Nach § 6 des Gesellschaftsvertrages wird die Gesellschaft durch die Geschäftsführer gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung kann einem Geschäftsführer oder beiden das Recht zur Alleinvertretung eingeräumt werden.

Personalbestand

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigte im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter, jeweils auf der Basis eines so genannten Geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Im Rahmen eines zum Ende des Berichtszeitraums eröffneten Kundenbüros werden zusätzlich zwei Mitarbeiter eingestellt. Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit zwar nebenberuflich aus, sind aber dennoch im Personalbestand des Berichtsjahres darzustellen.

2009	2010	2011
3	3	5

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

1. Konzessionsabgaben

Mit der Stadt Kaarst besteht ein Gas-Konzessionsvertrag über die Versorgung der Stadt und ihrer Einwohner mit Gas zu allen Zwecken. Der Vertrag trat zum 01.01.2001 in Kraft und wurde mit einer Laufzeit von 20 Jahren abgeschlossen.

Im Berichtsjahr sind Erträge aus Konzessionsabgaben in Höhe von insgesamt 195.782,84 Euro erwirtschaftet worden. Bezug nehmend auf die Konzessionsabgaben schließen die Stadtwerke Kaarst GmbH im Berichtsjahr mit diesem Wert ab.

2. Nutzung von Einrichtungen

Mit Wirkung vom 01.01.2001 haben die Stadtwerke Kaarst GmbH und die Stadt Kaarst einen Vertrag über die Nutzung von Einrichtungen (z.B. Personal, Räume sowie sachliche Betriebsmittel) abgeschlossen. Der Vertrag läuft bis zum 31.12.2020 und wurde zuletzt mit Wirkung vom 01.01.2009 geändert.

Die Erträge die sich hieraus für die Stadt ergeben, belaufen sich im Berichtsjahr auf 100.639,88 Euro.

3. Gewinnausschüttung

Die Gesellschafterversammlung hat mit Datum vom 13.05.2011 beschlossen, den Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 1,1 Mio. EUR an die Gesellschafter auszuschütten. Als Auszahlungstermin wurde der 20. Mai 2011 festgelegt.

Somit ergibt sich für die Stadt Kaarst ein Ertrag aus Gewinnbeteiligungen verbundener Unternehmen in Bezug auf die Stadtwerke Kaarst GmbH in Höhe von 560 Tsd. EUR. Die Gewinnbeteiligung ist im Hinblick auf die Kapitalertragssteuer zu versteuern, so dass die Gewinnbeteiligung im Berichtsjahr eine Nettoentlastung in Höhe von 471 Tsd. EUR für den städtischen Haushalt darstellte.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Bilanz

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	5.310.981,40	4.913.497,74	4.838.185,16
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	5.600,00
II. Sachanlagen	5.103.913,49	4.823.942,49	4.807.760,28
1. Grundstücke	7.331,49	7.331,49	7.331,49
2. Rohrnetz	4.982.918,00	4.707.654,00	4.675.064,00
3. Maschinen und techn. Anlagen	40.422,00	51.450,00	53.824,00
4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.242,00	57.507,00	63.356,00
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	8.184,79
III. Finanzanlagen	207.067,91	89.555,25	24.824,88
Sonstige Ausleihungen	207.067,91	89.555,25	24.824,88
B. Umlaufvermögen	5.028.067,62	4.017.668,82	3.297.756,87
I. Forderungen und sonstige	4.815.590,66	3.835.738,23	3.220.070,46
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.188.897,72	3.402.327,49	1.675.912,53
2. Forderungen gegen Gesellschafter	2.190.394,20	248.434,13	780.373,15
3. Sonstige Vermögensgegenstände	436.298,74	184.976,61	763.784,78
II. Guthaben bei Kreditinstituten	212.476,96	181.930,59	77.686,41
Bilanzsumme AKTIVA	10.339.049,02	8.931.166,56	8.135.942,03
PASSIVA	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2010
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital	3.510.000,00	3.700.000,00	4.086.800,00
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600.000,00	2.600.000,00
II. Jahresüberschuss	910.000,00	1.100.000,00	1.486.800,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	21.766,00	0,00	0,00
C. Bau- und Ertragszuschüsse	1.446.530,00	1.277.955,00	976.623,00
D. Rückstellungen	1.042.960,29	2.729.135,50	2.596.072,96
1. Steuerrückstellungen	50.000,00	246.820,24	150.000,00
2. Sonstige Rückstellungen	992.960,29	2.482.315,26	2.446.072,96
E. Verbindlichkeiten	3.687.548,46	2.403.916,52	118.342,07
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	500.000,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	796.541,24	2.322.015,65	23.783,22
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.390,27	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.322.322,34	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	67.294,61	81.900,87	94.558,85
F. Rechnungsabgrenzungsposten	87.842,00	228.042,00	358.104,00
Bilanzsumme PASSIVA	9.796.646,75	10.339.049,02	8.135.942,03

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Durch den Anschluss von Neukunden haben sich Zugänge im Bereich des Rohnetzes, der Hausanschlüsse und Zähler ergeben.

Weiter hat die Stadtwerke Kaarst GmbH im Rahmen des Programms „Wärme Plus“ Heizungsanlagen bei verschiedenen Kunden installiert. Diesen Kunden liefern die Stadtwerke das Produkt Wärme. Die Heizungsanlagen befinden sich im Eigentum der Stadtwerke

2. Finanzanlagen

Die Ausleihungen betreffen an Gaskunden gewährte Finanzierungsdarlehen zur Umstellung oder Erneuerung der Heizungsanlage.

3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind enthaltene Abschlagszahlungen auf den angrenzten noch nicht abgelesenen Energieverbrauch der Kunden verrechnet.

Bei der Forderung gegen Gesellschafter besteht eine Forderung aus Gaslieferung gegen die Stadt Kaarst.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich überwiegend um einen Erstattungsanspruch aus Körperschaftssteuer für den Veranlagungszeitraum 2010.

4. Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben wurden von den jeweiligen Kreditinstituten per Saldenbestätigung zum 31.12.2010 nachgewiesen.

Passiva:

1. Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 2,6 Mio. Euro ist voll eingezahlt und wird je zur Hälfte von den Gesellschaftern gehalten. Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2010 vollständig an die Gesellschafter auszusütten.

2. Bau- und Ertragszuschüsse

Der Position „Bau- und Ertragszuschüsse“ wurden die den Abnehmern berechneten Baukostenzuschüsse und die Erstattungen der Hausanschlusskosten zugeführt. Diejenigen Zuschüsse, die bis zum 31.12.2002 berechnet wur-

den, werden jährlich zu 1/20 der Ursprungsbeträge zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Die im Geschäftsjahr 2003 erhaltenen Bau- und Ertragszuschüsse wurden von den Anschaffungs- und Herstellungskosten der bezuschussten Verteilungsanlagen abgezogen. Ab dem Jahr 2004 werden die vereinnahmten Bau- und Ertragszuschüsse wieder passivisch ausgewiesen und analog dem Abschreibungsverlauf der bezuschussten Verteilungsanlagen aufgelöst.

3. Rückstellungen

Für mögliche Steuernachzahlungen aufgrund von Feststellungen durch eine Betriebsprüfung wurde im Berichtsjahr ein zusätzlicher Betrag in Höhe von 100 Tsd. EUR zurückgestellt, der dieses Risiko abdecken soll. Die übrigen Steuerrückstellungen wurden vollständig in Anspruch genommen.

	Stand 01.01.2010	Auflösung / Inanspruchnahme	Zuführung	Stand 31.12.2010
Jahresabschlussprüfung	9.100,00 €	9.100,00 €	9.200,00 €	9.200,00 €
Mehrerlösabschöpfung	211.458,80 €	211.458,80 €	0,00 €	0,00 €
Mehr- / Mindermengen	0,00 €	0,00 €	47.094,01 €	47.094,01 €
Ausstehende Rechnungen	21.464,81 €	21.464,81 €		0,00 €
Gaspreisrisiken	1.060.900,00 €	0,00 €	11.300,00 €	1.072.200,00 €
Konzessionsabgabe	49.052,42 €	49.052,42 €	61.578,58 €	61.578,58 €
Netznutzungsentgelt	1.124.023,23 €	1.124.023,23 €	1.218.526,21 €	1.218.526,21 €
AR/GV - Vergütung	6.316,00 €	6.316,00 €	5.875,00 €	5.875,00 €
Regelenergie	0,00 €	0,00 €	92.087,97 €	92.087,97 €
Ausgleich Struktur	0,00 €	0,00 €	1.754,24 €	1.754,24 €
	2.482.315,26 €	1.399.950,45 €	1.447.416,01 €	2.508.316,01 €

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 24 Tsd. EUR sind durch Saldenliste zum 31.12.2011 nachgewiesen.

Bei den ausgewiesenen sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich um kreditrisische Debitoren.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Zusammenhang mit der seit dem Jahr 2007 erfolgten Verpachtung des Gasnetzes an die GELSENWASSER Energienetz GmbH (GWN) werden die Bau- und Ertragszuschüsse der GWN in Rechnung gestellt, die diese wiederum an die Endkunden weiterberechnet.

Ab dem Jahr 2008 erfolgt die Erfassung der in Rechnung gestellten Bau- und Ertragszuschüsse als passivischer Rechnungsabgrenzungsposten, da diese aus Sicht der Berichtsgesellschaft Vorauszahlungen für zukünftige Pachtentgelte seitens der GWN darstellen, die über einen Zeitraum von 20 Jahren ergebniswirksam aufgelöst werden.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	2009	2010	2011
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (inkl. Erdgassteuer)	13.846.356,24	13.650.947,48	10.667.495,82
Erdgassteuer	-1.308.946,00	-1.451.318,87	-1.013.630,45
Umsatzerlöse	12.537.410,24	12.199.628,61	9.653.865,37
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.161.121,22	2.154.623,51	2.275.516,41
3. Materialaufwand	-11.606.183,68	-11.237.344,39	-8.426.713,74
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-7.627.486,95	-6.997.700,80	-5.404.743,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.978.696,73	-4.239.643,59	-3.021.970,05
4. Personalaufwand	-16.363,76	-17.636,24	-19.454,88
a) Löhne und Gehälter	-14.800,00	-15.600,00	-17.200,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.563,76	-2.036,24	-2.254,88
5. Abschreibungen auf Anlagevermögen	-732.391,02	-588.738,16	-541.449,80
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-647.361,75	-825.865,20	-776.835,37
a) Konzessionsabgaben	-149.777,52	-171.394,58	-174.201,03
b) Übrige betriebliche Aufwendungen	-497.584,23	-654.470,62	-602.634,34
7. Erträge aus Ausleihungen des	6.055,93	3.561,65	1.531,62
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.595,26	11.114,85	5.848,66
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-36.124,30	-2.855,81	-1.972,78
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	1.679.758,14	1.696.488,82	2.170.335,49
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-579.670,60	-576.401,28	-681.670,14
12. Sonstige Steuern	-87,54	-87,54	-1.865,35
13. Jahresergebnis	1.100.000,00	1.120.000,00	1.486.800,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Erdgassteuer entsteht bei der Lieferung von Erdgas an den Endverbraucher. Sie wird offen von den Umsatzerlösen abgesetzt.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 1.818 Tsd. EUR (Vorjahr 1.796 Tsd. EUR) auf Erträge aus der Verpachtung des Gasversorgungsnetzes an die GELSENWASSER Energienetze GmbH.

Die Stadtwerke Kaarst GmbH beschäftigt seit dem 1. März 2009 einen Mitarbeiter auf der Basis eines so genannten Geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses. Der ausgewiesene Personalaufwand enthält das Gehalt dieses Mitarbeiters sowie der Geschäftsführung einschließlich darauf entfallende Sozialabgaben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Unternehmensaktivitäten

Rahmenbedingungen

Das Kerngeschäft der Stadtwerke Kaarst GmbH ist die Versorgung der Stadt Kaarst mit Erdgas auf der Basis des mit der Stadt Kaarst abgeschlossenen langfristigen Konzessionsvertrags.

Verpachtung des Gasnetzes

Die Stadtwerke Kaarst GmbH hat mit Wirkung zum 01.01.2007 ihr Gasversorgungsnetz an die GELSENWASSER Energienetz GmbH verpachtet und damit die Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes umgesetzt.

Betriebsführung durch GELSENWASSER

Die Stadtwerke Kaarst GmbH verfügt – mit Ausnahme eines Geringfügig Beschäftigten – über kein eigenes Personal. Der technische Betrieb der Gasversorgungsanlagen obliegt seit dem 01.01.2007 der GELSENWASSER Energienetze GmbH als Pächterin der Anlagen. Der Gesellschafter GELSENWASSER AG, Gelsenkirchen, führt den kaufmännischen Betrieb auf Basis eines langfristig geschlossenen Betriebsführungsvertrages durch.

Erdgasversorgung

Die Stadtwerke Kaarst GmbH versorgt über ein 147 km langes Rohrnetz rund 5.300 Kunden mit Erdgas. Im Geschäftsjahr 2011 stieg die Zahl der Hausanschlüsse um 134 auf 5.659. Im Zuge der Rohrnetzerweiterung wurden rund 600 m Leitungen neu verlegt.

Durch die Liberalisierung des Energiemarktes verstärkt sich der Wettbewerb sowohl mit anderen Energieträgern, als auch mit anderen Gasanbietern. Durch attraktive Preise und Produkte konnte der Kundenstamm der Stadtwerke Kaarst GmbH im Wesentlichen gehalten werden. Insgesamt wechselten im Geschäftsjahr 2011 knapp 4% unserer Kunden den Anbieter.

Der Erdgasverkauf der Stadtwerke Kaarst GmbH sank im Berichtsjahr im Wesentlichen wetterungsbedingt deutlich um 78,3 Mio. kWh auf 189,8 Mio. kWh. Die Durchschnittstemperatur des Jahres 2011 lag um 2,0 °C über dem Vorjahreswert.

Bericht gemäß § 6b Abs. 7 Satz 4 EnWG

Die Stadtwerke Kaarst GmbH führt die Tätigkeit Gasverteilung im Sinne des § 6b Abs. 3 Ziffer 4 EnVG aus. Auf der Grundlage der Anforderungen des § 6 Abs. 3 EnWG führt die Stadtwerke Kaarst GmbH getrennte Konten für die Tätigkeit Gasverteilung und erstellt in ihrer Rechnungslegung für die Tätigkeit Gasverteilung eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung (Tätigkeitsabschluss).

Die im Energiewirtschaftsgesetz beschriebenen Entflechtungsvorschriften bedeuten für die Stadtwerke Kaarst GmbH die Pflicht zum sogenannten Legal-Unbundling und damit die rechtliche Verselbständigung des Gasnetzbetriebes. Zur Umsetzung dieser Vorschrift wurde seitens der GELSENWASSER AG die GELSENWASSER Ener-

gienetze GmbH (GWN) gegründet. Die Gesellschaft übernahm mit Beginn des Jahres 2007 die Funktion des Netzbetreibers für die Stadtwerke Kaarst GmbH.

Förderprogramm „Fair + Mehr“

Das in 2006 erstmals aufgelegte Förderprogramm „Fair + Mehr“ wurde aufgrund der positiven Kundenresonanz auch in 2011 fortgesetzt. Schwerpunkt des Programms ist der sparsame Umgang mit Energie. So bezuschusst die Stadtwerke Kaarst GmbH den Einbau von Erdgas-Mini-Blockheizkraftwerken sowie effizienter Gasbrennwertgeräte, die solare Warmwasserbereitung sowie die Anschaffung erdgasbetriebener Haushaltsgeräte. Hinzu kommt die Vermittlung einer kostengünstigen Gebäude-Thermografie. Die Anschaffung erdgasbetriebener Fahrzeuge fördert die Stadtwerke Kaarst GmbH zudem mit einem 500kg Tankgutschein, der an der firmeneigenen Erdgastankstelle auf dem Gelände des Autowasch-Center-Kaarst eingelöst werden kann.

Um den sparsamen Umgang unserer Kunden mit Energie weiterhin zu unterstützen, wird die Stadtwerke Kaarst GmbH auch 2011 das Förderprogramm fortsetzen.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2010 betragen die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände 3531 Tsd. EUR (Vorjahr: 309 Tsd. EUR).

Gemessen an der Anlageintensität sind 59,5 % (Vorjahr: 55,0 %) des gesamten Vermögens langfristig gebunden. Sie entfallen nahezu ausschließlich auf Sachanlagen. Der Anstieg der Anlagenquote gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus einem gesunkenen Umlaufvermögen. Das Sachanlagevermögen liegt aufgrund der erhöhten Investitionstätigkeit nur geringfügig unter dem Vorjahreswert.

Finanzlage

Neben den eigenen finanziellen Mitteln sichert die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in das Cash-Pooling des GELSENWASSER-Konzerns die Liquidität des Unternehmens. Zum Bilanzstichtag bestanden hieraus Forderungen von 945 Tsd. EUR (Vorjahr: 45 Tsd. EUR). Hinzu kamen Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 78 Tsd. EUR (Vorjahr: 213 Tsd. EUR). Der Anstieg der Cash-Pooling-Forderungen gegenüber dem Vorjahr steht in direktem Zusammenhang mit den stichtagsbedingt ebenfalls stark gesunkenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Das langfristig gebundene Eigenkapital ist zum 31. Dezember 2011 vollständig durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel finanziert.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse (inkl. Erdgassteuer) des Geschäftsjahres 2011 liegen aufgrund des witterungsbedingt stark rückläufigen Gasabsatzes mit 10.667 Tsd. EUR deutlich unter denen des Vorjahres (13.651 Tsd. EUR). Die abzuführende Erdgassteuer sinkt ebenfalls absatzbedingt. Korrespondierend hierzu unterschreitet der Materialaufwand

aufgrund gesunkener Gasbezugskosten und Nutzungsentgelte den Vorjahreswert ebenfalls deutlich. Erhöhte sonstige betriebliche Erträge, gesunkene Abschreibungen und sonstige betrieblichen Aufwendungen führten bei einem verbesserten Zinsergebnis zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.170 Tsd. EUR, welches um 474 Tsd. EUR über dem Vorjahreswert liegt. Der nach Abzug des Steueraufwands verbleibende Jahresüberschuss beläuft sich auf 1.487 Tsd. EUR, nach 1.120 Tsd. EUR im Vorjahr.

Risikobericht und Prognose

Risikomanagement

Neben den organisatorischen Sicherungsmaßnahmen und –instrumenten, den internen Kontrollmechanismen und Prüfungen sowie dem Controlling ist beim Betriebsführer GELSENWASSER AG ein Risikomanagementsystem installiert. Die Basis bildet ein systematischer, den gesamten GELSENWASSER-Konzern umfassender Risikomanagementprozess. Ungünstige Entwicklungen werden so frühzeitig erkannt, dass gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können. Durch die Einbindung der Stadtwerke Kaarst GmbH in den Risikomanagementprozess der GELSENWASSER AG wird gleichzeitig auch die Angemessenheit und Effektivität des Risikomanagementsystems der Stadtwerke Kaarst GmbH durch die interne Revision der GELSENWASSER AG überwacht. Zudem ist das Risikofrüherkennungssystem Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Schwerpunkt der Risikobetrachtungen beleiben die Marktrisiken. Als Folge der Liberalisierung des Gasmarktes und des freien Anbieterwechsels aus dem Gasmarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt, der zu einem erhöhten Preisdruck geführt, bzw. Absatzrisiken mit sich gebracht hat. Zudem erhöht sich das Angebot alternativer Energien. Durch offensive Vertriebs- und Marketingaktivitäten zur Verbesserung der Kundenbindung u.a. durch den Einsatz eines Erdgasförderungsprogramms, soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Neben den Risiken, die die Liberalisierung der Energiemärkte mit sich bringt, sieht die Stadtwerke Kaarst GmbH auch Chancen in der Erweiterung der Gaswertschöpfungskette.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken und sonstige Risiken erkennbar, deren wirtschaftliche Auswirkungen im Eintrittsfall zu Illiquidität oder Überschuldung führen könnten.

Ausblick

Hauptaufgabe für die Zukunft wird die Sicherung und der weitere Ausbau der Gasversorgung sein. Dabei stellt die Möglichkeit des freien Anbieterwechsels am Gasmarkt die größte Herausforderung dar. Die intensive Betreuung bestehender und die Akquisition neuer Kunden sowie attraktive Förderprogramme und ein wettbewerbsfähiges Preissystem sollen entscheidend zur Zielerreichung beitragen. Bezugsseitig soll die Wirtschaftlichkeit der Gasversorgung durch flexible Erdgasbezugsverträge mit kurzen Laufzeiten gesichert werden. Der Ausbau und die Gestaltung von Contractingmodellen mit unseren Kunden sollen die Effektivität und die Attraktivität des Brennstoffes Erdgas erhöhen und zur langfristigen Sicherung des Absatzes beitragen.

Neben dem weiteren Ausbau der Gasversorgung hat die Stadtwerke Kaarst GmbH zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 den Vertrieb von Strom aufgenommen. Angeboten wird ausschließlich Ökostrom, der zu 100% aus Wasserkraft produziert wird. Damit versorgt die Stadtwerke Kaarst GmbH die Haushalte im Stadtgebiet voll umfassend mit Energie, d.h. mit Gas, Wärme und Strom. Bereits mehrere hundert Kunden haben sich seit Jahresbeginn für dieses Ökostromprodukt entschieden. Insgesamt wurden in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres 2012 mehr Neukunden im Strombereich gewonnen, als Gaskunden im gesamten Berichtsjahr 2011 zu Wettbewerbern gewechselt sind. Darüber hinaus hat die Stadtwerke Kaarst GmbH ihr Interesse zum Abschluss eines Stromkonzessionsvertrages mit der Stadt Kaarst zum 1. Januar 2013 bekundet. Mit Erhalt der Stromkonzession würde die seit Gründung der Stadtwerke Kaarst GmbH im Jahr 2001 gute Zusammenarbeit mit der Stadt weiter ausgebaut und der kommunale Einfluss auch auf die Stromversorgung im Stadtgebiet sichergestellt.

Ausbau, Sicherung und Erhalt der Versorgungsanlagen werden fortgesetzt. Der Investitionsplan sieht dafür 255 Tsd. EUR für das Jahr 2012 vor. Die Unternehmensplanung zeigt für die Jahre 2012 und 2013 weiterhin zufriedenstellende Ergebnisse und eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage. Trotz des zunehmenden Drucks durch den geöffneten Gasmarkt sieht sich die Stadtwerke Kaarst GmbH mit ihrem Partner GELSENWASSER gut aufgestellt, um sich durch Kundennähe, hohes fachliches Know-how und marktgerechte Preisgestaltung auch weiterhin im Wettbewerb zu behaupten.

Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst

Basisdaten

Anschrift	Oberstraße 110 – 124 41460 Neuss
Rechtsform	Anstalt öffentlichen Rechts (AöR)
Gründungsjahr	1994
Satzung	in der Fassung vom 16. Juli 2002
Handelsregister	HRA 5375 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse Neuss – Zweckverbandssparkasse des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst - ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist regional verankert und ihre geschäftspolitische Grundausrichtung ist am Gemeinwohl orientiert, wobei sie sich insbesondere für die privaten Kunden vor, Ort, den gewerblichen Mittelstand und die heimische Region einsetzt. Im Geschäftsverkehr führt die Sparkasse die Kurzbezeichnung „Sparkasse Neuss“. Ihre Zugehörigkeit zum Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet, dass die Sparkasse alle Verbindlichkeiten jederzeit vollständig erfüllen kann und bietet somit auch nach der Änderung der bisherigen gesetzlichen Haftungsgrundlagen im Jahre 2005 ein Höchstmaß an Sicherheit für ihre Kunden.

Öffentliche Zwecksetzung

Das Betreiben aller banküblichen Geschäfte im Sinne des Sparkassengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Beteiligungsverhältnisse

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst. An dem Sparkassenzweckverband sind die Mitglieder mit folgenden Quoten beteiligt:

- Rhein-Kreis Neuss 34,53 %
- Stadt Neuss 50,00 %
- Stadt Kaarst 9,74 %
- Stadt Korschenbroich 5,73 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Laut dem Geschäftsbericht 2011 wurde dort im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen und der verbundenen Unternehmen für die dortige Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage Seitens der Sparkasse auf Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB verzichtet.

Organe der Gesellschaft

- Verbandsversammlung
- Verwaltungsrat
- Vorstand

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes

Nach § 5 Abs.1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes des Rhein-Kreises Neuss, der Stadt Neuss, der Stadt Korschenbroich und der Stadt Kaarst entsendet die Stadt Kaarst drei Mitglieder in die Verbandsversammlung. Mitglieder der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum:

Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann, Herr Volker Schöneberg und Herr Christian Gaumitz. Als stellvertretende Mitglieder wurden Herr Erster Beigeordneter Heinz Dieter Vogt, Herr Theodor Thißen und Herr Dr. Friedhelm Klukas bestellt.

Verwaltungsrat der Sparkasse Neuss

Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und 20 weiteren Mitgliedern. Er setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern, die vom Rhein-Kreis Neuss vorgeschlagen werden, sieben Mitgliedern, die von der Stadt Neuss vorgeschlagen werden, einem Mitglied, das von der Stadt Korschenbroich vorgeschlagen wird, einem Mitglied, das von der Stadt Kaarst vorgeschlagen wird, sowie sieben Dienstkräften.

Vertreter der Stadt Kaarst waren im Berichtszeitraum für den Verwaltungsrat Herr Bürgermeister Franz-Josef Moormann (bis 21.07.2011), Herr Lars Christoph (ab 22.07.2012), stellvertretendes Mitglied ist Herr Thorsten Schmitter.

Vorstand der Sparkasse Neuss

Michael Schmuck, Vorstandsvorsitzender
Heinz Mölder, Vorstandsmitglied
Dr. Volker Gärtner, Vorstandsmitglied
Dietmar Mittelstädt, stv. Vorstandsmitglied

Personalbestand

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 1.311 Mitarbeiter beschäftigt.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Gewinnanteile der Sparkasse wurden im Berichtsjahr in Höhe von 292 Tsd. EUR an die Stadt Kaarst ausgeschüttet. Die hiervon abzuführende Kapitalertragssteuer und

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Solidaritätszuschlag führten zu einer Nettoentlastung des Haushaltes in Höhe von 328 Tsd. EUR.

Bilanz

Aktivseite	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	EUR	EUR	EUR
Barreserve	163.473.817,88	116.726.812,04	216.798.390,19
Forderungen an Kreditinstitute	37.835.228,92	84.941.270,26	42.342.536,10
Forderungen an Kunden	4.802.694.919,89	4.734.458.325,41	4.630.744.647,87
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	817.278.982,69	711.154.511,32	682.365.745,54
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	100.346.830,00	117.166.696,50	123.068.015,00
Beteiligungen	96.980.099,85	107.484.910,19	108.945.713,95
Anteile verbundener Unternehmen	49.489,73	25.990,73	25.990,73
Treuhandvermögen	2.070.504,86	2.693.395,33	3.333.123,89
Immatrielle Anlagewerte	590.856,00	879.385,00	1.148.816,50
Sachanlagen	78.787.168,48	85.326.449,99	92.818.626,38
Sonstige Vermögensgegenstände	4.371.740,40	3.921.443,05	6.108.196,41
Rechnungsabgrenzungsposten	3.892.376,91	4.115.368,06	4.436.193,18
Aktive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva	6.108.372.015,61	5.968.894.557,88	5.912.135.995,74

Passivseite	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.436.205.439,23	1.378.362.653,74	1.298.042.557,65
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.113.563.438,25	4.035.557.360,10	4.010.955.788,89
Verbriefte Verbindlichkeiten	8.908.958,81	26.173.990,84	88.138.634,33
Treuhandverbindlichkeiten	2.070.504,86	2.693.395,33	3.333.123,89
Sonstige Verbindlichkeiten	10.361.710,56	9.968.892,68	9.835.890,06
Rechnungsabgrenzungsposten	6.786.208,04	8.290.245,89	8.882.063,80
Passive latente Steuern	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	64.255.264,78	68.619.676,95	78.278.414,68
Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	0,00	0,00
Nachrangige Verbindlichkeiten	32.285.585,19	40.806.038,88	44.066.553,85
Genussrechtkapital	637.270,00	947.640,00	1.281.130,00
Fonds für allgemeine Bankrisiken	59.605.000,00	26.545.000,00	3.385.000,00
Eigenkapital	373.692.635,89	370.929.663,47	365.936.838,59
Summe Passiva	6.108.372.015,61	5.968.894.557,88	5.912.135.995,74

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

1. Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an die eigene Girozentrale	20.368 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit bis 3 Monate	10.000 Tsd. EUR
- Andere Forderungen mit Restlaufzeit mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.000 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen	9.321 Tsd. EUR

2. Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Forderungen an verbundene Unternehmen	355 Tsd. EUR
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	9.500 Tsd. EUR
- Nachrangige Forderungen	4.434 Tsd. EUR

Für nachrangige Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die NRW.Bank in Höhe von 1.434 Tsd. EUR.

3. Schuldverschreibungen und an festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

- Beträge, die bis zum 31.12.2012 fällig werden	238.315 Tsd. EUR
- Börsennotierte Wertpapiere	816.672 Tsd. EUR
- Nicht börsennotierte Wertpapiere	607 Tsd. EUR

4. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

- Spezialfonds Novesia	100.000 Tsd. EUR
- Aktien	0,3 Tsd. EUR

5. Beteiligungen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11 HGB auf die Angaben verzichtet.

6. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat die Sparkasse gem. § 285 Nr. 11

HGB auf die Angaben verzichtet sowie nach § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Gesamtabschusses verzichtet.

7. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

8. Sachanlagen

Grundstücke und Bauten	52.084 Tsd. EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.922 Tsd. EUR

9. Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag Und niedrigem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	3.146 Tsd. EUR
---	----------------

Passiva:

a) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	43.431 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit bis 3 Monate	97.677 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit drei Monate bis ein Jahr	138.691 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit ein Jahr bis fünf Jahre	715.135 Tsd. EUR
- Andere Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit mehr als 5 Jahre	443.501 Tsd. EUR

b) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	99 Tsd. EUR
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.754 Tsd. EUR

Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate	103.215 Tsd. EUR
- drei Monate bis ein Jahr	859.681 Tsd. EUR
- ein bis fünf Jahre	13.931 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre	652 Tsd. EUR

Andere Verbindlichkeiten mit folgenden Restlaufzeiten:

- bis drei Monate	190.405 Tsd. EUR
- drei Monate bis ein Jahr	40.627 Tsd. EUR
- ein bis fünf Jahre	161.370 Tsd. EUR
- mehr als fünf Jahre	110.527 Tsd. EUR

c) Verbriefte Verbindlichkeiten 5.849 Tsd. EUR

d) Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

e) Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 4.406 Tsd. EUR enthalten.

f) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Bedingungen für die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 4,81 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 bis 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 14.898 Tsd. EUR zur Rückzahlung fällig.

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 1.789 Tsd. EUR angefallen

Zur Besicherung von Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 380.725 Tsd. EUR wurden Forderungen an Kunden (370.591 Tsd. EUR) abgetreten bzw. Wertpapiere (10.134 Tsd. EUR) verpfändet.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011 Euro	2010 Euro	2009 Euro
Zinserträge	253.170.732,06	253.861.747,36	266.604.813,69
laufende Erträge	5.836.936,07	5.664.109,13	8.695.595,42
Provisionserträge	37.135.111,32	35.128.617,67	34.683.034,59
sonst. betriebliche Erträge	5.617.413,70	6.448.638,45	5.300.652,40
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	0,00	0,00	0,00
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	0,00	0,00	451.385,65
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	5.695.106,86	0,00	0,00
Zinsaufwendungen	127.653.805,69	123.236.784,60	143.331.109,54
Provisionsaufwendungen	3.150.872,19	3.917.390,35	3.823.231,04
Nettoaufwand des Handelsbestand	0,00	609.251,00	0,00
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	97.605.172,24	98.059.596,35	103.328.779,03
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	7.606.040,31	7.965.160,90	8.258.706,47
sonst. betriebliche Aufwendungen	8.710.790,76	5.920.369,53	4.090.619,44
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und best. Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	0,00	14.049.651,10	37.067.995,44
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	10.038.682,42	1.162.678,44	1.966.699,74
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	33.060.000,00	23.160.000,00	3.385.000,00
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	19.629.936,40	23.022.230,34	10.483.341,05
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	2.046.817,51	0,00
Steueraufwand	13.866.963,98	15.032.098,97	6.436.436,15
Jahresüberschuss	5.762.972,42	5.943.313,86	4.046.904,90
Bilanzgewinn	5.762.972,42	5.943.313,86	4.046.904,90

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Geschäftsentwicklung

Die Sparkasse Neuss kann auf ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr 2011 zurückblicken. Obwohl vor allem die zweite Jahreshälfte von anhaltenden Unsicherheiten im Zuge der europäischen Staatsschuldenkrise geprägt wurde, konnte die Sparkasse Neuss auch weiterhin erfolgreich agieren und ihre gute Entwicklung fortsetzen. In einem von anhaltenden Unsicherheiten geprägten Umfeld wurde das gute Ergebnis des Vorjahres erneut erreicht. Auf der Basis eines soliden Wachstums kann die Sparkasse Neuss einen stabilen Jahresüberschuss ausweisen.

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Durch Zuwächse im Kreditgeschäft sowie einer Erhöhung der Liquidität stieg die Bilanzsumme im abgelaufenen Berichtsjahr von 5.968,9 Mio. EUR auf 6.108,4 Mio. EUR (+2,3 %) an. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) erhöhte sich zum Jahresende auf 6.193,1 Mio. EUR (Vorjahr: 6.047,2 Mio. EUR).

Kundenkredite

Im Kreditgeschäft konnte die solide Entwicklung der letzten Jahre weiter fortgesetzt werden. Eine erneut gute Entwicklung verzeichnete dabei der Bereich der privaten Baufinanzierungen. Darüber hinaus hat sich die Sparkasse Neuss wieder besonders für die mittelständische Wirtschaft im Geschäftsgebiet eingesetzt und ihre führende Stellung als erster Ansprechpartner für zinsbegünstigte Fördermittel weiter ausgebaut. Das Kundenkreditvolumen, bestehend aus Forderungen an Kunden, Treuhandkrediten, Wechseln und Eventualverbindlichkeiten stieg, unter Berücksichtigung von Tilgungsrückflüssen in Höhe von 428,5 Mio. EUR, um 74,1 Mio. EUR (+1,5 %) auf 4.889,5 Mio. EUR an. Die offenen Kreditzusagen liegen mit 207,5 Mio. EUR deutlich über dem Wert des Vorjahres (159,8 Mio. EUR).

Kundeneinlagen

Auch im Einlagengeschäft konnte die führende Marktstellung in der Region erfolgreich behauptet werden. Die Kundeneinlagen (ohne Refinanzierungsdarlehen) inklusive der Eigenemissionen der Sparkasse stiegen um 63,8 Mio. EUR (+1,6 %) auf 4.122,1 Mio. EUR. Hierzu trug insbesondere der Absatz von weiteren 56,6 Mio. EUR an Hypothekendarlehen bei. Gefragt waren bei Kunden kurzfristige Anlagen (+13,2 Mio. EUR) und befristete Einlagen (+10,0 Mio. EUR) und nach Jahren stetigen Rückgangs auch wieder Sparkassenbriefe (+35,9 Mio. EUR). Abgebaut wurden Bestände bei den hauseigenen Inhaberschuldverschreibungen (-17,3 Mio. EUR) und bei den Spareinlagen (-34,6 Mio. EUR).

Eigene Wertpapieranlagen

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde um 106,1 Mio. EUR auf 817,3 Mio. EUR ausgeweitet. Dabei handelt es sich um Wertpapiere der Liquiditätsreserve, die auch zur kurzfristigen Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zur Verfügung stehen. Der Bestand an Aktien und ande-

ren nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich durch den Rückkauf von Vorzugsaktien des Anlagevermögens um 16,9 Mio. EUR auf 100,3 Mio. EUR.

Beteiligungen

Durch Anpassungen bei den Wertansätzen verringerte sich der Buchwertansatz der Beteiligungen von 107,5 Mio. EUR auf 97,0 Mio. EUR.

Interbankengeschäft

Durch den Abbau kurzfristiger Festgeldanlagen reduzierten sich die Forderungen an Kreditinstitute um 47,1 Mio. EUR auf 37,8 Mio. EUR. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um 57,8 Mio. EUR auf 1.436,2 Mio. EUR. Der Anstieg beruht im Wesentlichen auf Refinanzierungen in Form von Hypothekendarlehen.

Rücklagen

Die Rücklagen haben sich mit Zuführung aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 2,9 Mio. EUR auf 367,9 Mio. EUR erhöht.

Ertragslage

Mit einem Bilanzgewinn von 5,8 Mio. EUR (Vorjahr: 5,9 Mio. EUR) hat die Sparkasse erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Die Erfolgskomponenten, die zu dem Bilanzgewinn führen, sind der Darstellung der Ertragslage zu entnehmen.

Kundenwertpapiere

Der Nettoabsatz im Wertpapierkommissionsgeschäft stieg leicht von +25,9 Mio. EUR auf +32,2 Mio. EUR an. Das Umsatzvolumen erhöhte sich um 124,6 Mio. EUR auf 471,9 Mio. EUR. Gefragt waren bei den Kunden vor allem festverzinsliche Wertpapiere, aber auch Aktien. Der Nettoabsatz lag, bei einem Umsatzvolumen von 371,0 Mio. EUR, hier bei +48,7 Mio. EUR (Vorjahr: +32,2 Mio. EUR). Der Bestand an Investmentfonds verzeichnete jedoch einen Rückgang in Höhe von 16,6 Mio. EUR.

Verbundgeschäft

Erfolgreich verlief auch das Geschäft mit den Produkten der Verbundpartner Landesbausparkasse (LBS) und Provinzial Rheinland Versicherungen. Bei der Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen konnte das gute Ergebnis des Vorjahres von 42 Mio. EUR erneut erreicht werden. Mit 113,8 Mio. EUR übertraf das vermittelte Gesamtvolumen an Bausparverträgen das Vorjahresergebnis um 4,3 Mio. EUR. Das Volumen der in Zusammenarbeit mit der LBS vermittelten Immobiliengeschäfte war mit 30,8 Mio. EUR leicht rückläufig (Vorjahr: 32,3 Mio. EUR).

Prognosebericht

Die Konjunkturaussichten bleiben auch vor dem Hintergrund der europäischen Staatsschuldenkrise verhalten positiv. Während im Vorjahr der Export primär die

Wachstumsimpulse gab, wird 2012 eine höhere Binnennachfrage zum Wachstum beitragen. Angesichts der guten Beschäftigungslage und der damit verbundenen positiven Einkommensentwicklung wird der private Konsum der deutschen Wirtschaft positive Impulse geben. Wir erwarten insgesamt ein moderates Wirtschaftswachstum. Die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes wird jedoch deutlich unter der des Vorjahres liegen.

Weiterhin positiv wird sich auch der Arbeitsmarkt entwickeln. Im Jahresdurchschnitt wird mit weniger als drei Millionen Arbeitslosen gerechnet. Das größte Risiko für den Arbeitsmarkt stellt die Schuldenkrise in der Europäischen Union dar.

Nach einer temporären konjunkturellen Schwächephase wird die deutsche Wirtschaft im Jahresverlauf wieder zu höherem Wachstum zurückfinden. Der Preisanstieg wird höher als im Vorjahr ausfallen. Es ist mit weiter steigenden Preisen insbesondere bei Energieträgern und Nahrungsmitteln zu rechnen. Unter Berücksichtigung des gesamten wirtschaftlichen Umfeldes erwarten wir seitens der Europäischen Zentralbank nur kleine Zinsschritte, wobei mit einer leichten Zinserhöhung gerechnet wird. Die Sparkasse Neuss rechnet inflationsbedingt mit einem höheren Zinsniveau als 2011 und einer normalen Zinsstruktur.

Bei der Planung zur Geschäftsentwicklung der Jahre 2012 und 2013 orientiert sich die Sparkasse Neuss an den Einschätzungen ihrer Markt- und Fachbereiche. Das Planungsszenario wird nach den Vorgaben des DSGVO-Betriebsvergleichs aufgestellt. Die Planungsgenauigkeit nimmt ab, je weiter der betrachtete Zeitraum in der Zukunft liegt. Findet eine von den Prämissen abweichende Entwicklung statt, werden die tatsächlichen Ergebnisse unter Umständen von dem ursprünglich erwarteten Szenario abweichen. Die Sparkasse verfügt jedoch, wie in der Risikoberichterstattung erläutert, über Instrumente und Prozesse, mit denen Abweichungen von den Erwartungen erkannt und analysiert werden können. Anhand der Erkenntnisse kann ggf. steuernd eingegriffen werden.

Als regional verankertes Kreditinstitut und Marktführer vor Ort wird für die Folgejahre mit einer moderaten Geschäftsausweitung gerechnet.

Die Sparkasse Neuss erwartet eine Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die konjunkturelle Erholung wird jedoch von der Beherrschung der europäischen Staatschuldenkrise in hohem Maße abhängig sein. Die Sparkasse Neuss wird vor diesem Hintergrund auf der Basis von persönlichen Kundenbeziehungen und gegenseitigem Vertrauen vor allem die Handwerksbetriebe und mittelständischen Unternehmen im Geschäftsgebiet bei Bedarf kreditmäßig wieder unterstützen.

Im Kundenkreditgeschäft wird im Jahr 2012 ein moderates Wachstum erwartet. Trotz privater finanzieller Vorsorge wird das Einlagenvolumen aus dem Kundengeschäft leicht rückläufig prognostiziert. Ein möglicher Einkommensspielraum der privaten Haushalte wird neben der Zuführung zu Rücklagen insbesondere für Konsumzwecke genutzt werden, so dass 2012 ein Rückgang der Kundeneinlagen für möglich gehalten wird.

Für das Eigengeschäft ist 2012 und 2013 ein höheres Volumen als 2011 vorgesehen.

Die durchschnittliche Bilanzsumme im Jahr 2012 wird gegenüber dem Vorjahr moderat höher sein. Für 2013 wird ebenfalls mit einem leichten Wachstum gerechnet.

Der Zinsüberschuss - als wichtigste Ertragskomponente - wird auf Basis der Geschäftsplanung und der Zinserwartung im Jahr 2012 geringer ausfallen als im Vorjahr. Für 2013 wird gegenüber 2012 ebenfalls ein rückläufiges Ergebnis erwartet.

Im Betrachtungszeitraum wird der Provisionsüberschuss voraussichtlich über dem Ergebnis des Vorjahres liegen. Mit einer weiteren Fokussierung auf das Privatkundengeschäft und dem Ausbau des Dienstleistungsgeschäftes wird auch in den Folgejahren mit einem leicht steigenden Provisionsüberschuss gerechnet.

Der Personalaufwand 2012 wird über dem des Vorjahres liegen. Auch in den Folgejahren wird mit steigenden Personalkosten gerechnet. Beim Sachaufwand erwartet die Sparkasse Neuss aufgrund der Budgetplanung im Jahr 2012 eine Steigerung gegenüber 2011. Für 2013 wird ebenfalls mit einem höheren Sachaufwand gerechnet. Zusammengefasst geht die Sparkasse auf Basis der Annahmen für das Jahr 2012 von einem geringeren Betriebsergebnis vor Bewertung aus. Für 2013 wird mit einem gegenüber 2011 ebenfalls geringeren Betriebsergebnis gerechnet.

Das Wertpapiereigengeschäft der Sparkasse Neuss ist von großer Vorsicht geprägt. Es besteht kein Engagement in Anleihen aus wirtschaftlich schwachen Eurostaaten, die zu außergewöhnlichen Abschreibungen führen könnten. Das von der Sparkasse prognostizierte leicht steigende Zinsniveau wird in den Laufzeiten der Eigenanlagen Berücksichtigung finden. Höhere zinsinduzierte Abschreibungen werden dadurch begrenzt. Vor diesem Hintergrund werden für 2012 und 2013 keine Abschreibungen erwartet.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur unter großer Unsicherheit zu prognostizieren. Aufgrund der Qualität des Kreditportfolios geht die Sparkasse derzeit nicht von außergewöhnlich hohen Belastungen aus. Gegenüber dem Vorjahresergebnis wird dennoch mit einem leicht höheren Vorsorgebedarf gerechnet.

Für die Jahre 2012 und 2013 werden für das neutrale Ergebnis keine außergewöhnlichen Positionen eingeplant.

Zur Abdeckung der Risiken der WestLB Abwicklungsanstalt erhielten die Sparkassen 25 Jahre Zeit, einen Teil ihres Gewinns anzusparen, um ihn im Zweifelsfall für Verluste der Abwicklungsanstalt verwenden zu können. Daher wird die Sparkasse Neuss aus ihrem Jahresergebnis der kommenden Jahre ebenfalls Beträge in vergleichbarer Höhe des Vorjahresbetrages für diesen Zweck zurücklegen.

Der Jahresüberschuss 2012 wird aufgrund der bisherigen Erkenntnisse insgesamt geringfügig höher ausfallen als im Vorjahr. Im Jahr 2013 wird mit einem sinkenden Jahresüberschuss gerechnet.

Als Chancen oder Risiken im Sinne dieses Prognoseberichts werden mögliche positive oder negative Abweichungen von den dargestellten Erwartungen verstanden.

Chancen sieht die Sparkasse Neuss in der Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere in der Beherrschung der europäischen Schuldenkrise. Dies sollte das Konsumklima weiter verbessern und den Arbeitsmarkt stüt-

zen. Vor diesem Hintergrund sollte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiterhin positiv sein, was zu einer nachhaltigen Kreditnachfrage und somit zu einer Stabilisierung des Zinsüberschusses führen sollte. In Folge einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollten zudem das Einlagengeschäft und das Verbundgeschäft profitieren. Dies könnte zu einem höheren Zinsüberschuss und einer Ausweitung des Provisionsergebnisses führen.

Risiken liegen in der unternehmerischen und banküblichen Gefahr, die prognostizierten Unternehmensergebnisse nicht zu erreichen. Neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten Risiken stellt eine weitergehende Zuspitzung der Euro-Staatsschuldenkrise das größte Risiko für die Konjunkturerwicklung im Euroraum dar. Notwendig werdende weitere Rettungsmaßnahmen, die wiederum zusätzliche Sparbemühungen und Strukturreformen erforderlich machen würden, könnten die Realwirtschaft weiter belasten. Inwieweit die politischen Entwicklungen im Nahen Osten die Volkswirtschaften zusätzlich negativ beeinflussen, lässt sich nur schwer abschätzen.

Darüber hinaus liegen latente Risiken in einem sich weiter verschärfenden Konditionenwettbewerb. Die Sparkasse als Marktführer vor Ort bildet hier den natürlichen Hauptangriffspunkt im Kampf um Marktanteile.

Die bestehenden Risiken sind für die Sparkasse Neuss im Rahmen ihrer Überwachungs- und Steuerungssysteme jedoch beherrschbar. Risiken, die den Bestand der Sparkasse gefährden.

Regionale Bahngesellschaft Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann – Wuppertal mbH (Regio-Bahn)

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1992
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 01. Dezember 2010
Handelsregister	HRB 14133 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb des Schienenverkehrs auf der Strecke Kaarst – Neuss – Düsseldorf – Erkrath – Mettmann in eigener Trägerschaft und die Sicherstellung eines auf die Marktbedürfnisse zugeschnittenen Betriebes dieser Strecke. Sie kann sich zu diesem Zweck an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen sowie Geschäfte aller Art tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar förderlich sind. Im Falle einer Verlängerung der Strecke über die derzeitig vorgesehenen Endpunkte in Kaarst und Mettmann hinaus oder im Falle der Eröffnung sonstiger Zweigstrecken, gehören die Einrichtungen und Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs und die Sicherstellung des Betriebes auf neuen Teilstücken ebenfalls zum Gegenstand des Unternehmens.

Öffentliche Zwecksetzung

Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 28 Tsd. EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Stadt Düsseldorf	9.800,00	35,00%
Kreis Mettmann	5.600,00	20,00%
Rhein-Kreis Neuss	3.300,00	11,80%
Stadt Kaarst	3.250,00	11,60%
Stadtwerke Neuss GmbH	3.250,00	11,60%
WSW mobil GmbH	2.800,00	10,00%
Summe	28.000,00	100,00%

Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligung	Anteil (EUR)	Anteil (%)
Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, Mettmann (HRB 19431 - Amtsgericht Wuppertal)	25.000,00	100%

Zwischen der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH wurde am 16.12.2005 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen, der mit Eintragung in das Handelsregister am 08.02.2006 wirksam wurde. Der Ergebnisabführungsvertrag wurde einvernehmlich von der Regio-Bahn GmbH und der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH mit Wirkung zum Ablauf des 31.12.2010 aufgehoben.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist im Berichtsjahr Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus zehn Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann und je einer vom Rhein-Kreis Neuss, Stadtwerke Neuss GmbH, Stadt Kaarst und Wuppertaler Stadtwerke AG bestellt werde.

Die Stadt Kaarst wird im Berichtsjahr durch Herrn Erwin Popien im Aufsichtsrat vertreten. Stellvertretendes Aufsichtsratsmitglied ist Herr Jörg Löhler.

Geschäftsführung

Dipl.-Ing. Joachim Korn
Dipl.-Ing. Wolfgang Teubner

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte im für das Berichtsjahr maßgeblichen Zeitraum durchschnittlich 15 Angestellte.

2009	2010	2011
15	15	14

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Als Gesellschafter der Regio-Bahn GmbH verpflichtet sich die Stadt Kaarst gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages, ein evtl. bei der Gesellschaft entstehendes Defizit unverzüglich auszugleichen.

Die Stadt Kaarst brauchte jedoch im Berichtsjahr 2011 aufgrund des positiven Ergebnisses der Gesellschaft keine Ausgleichszahlung zu leisten.

Das Jahresergebnis 2010 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24.937,00	69.763,00	135.606,48
II. Sachanlagen	45.213.635,29	31.568.382,99	29.714.337,63
III. Finanzanlagen	25.000,00	25.000,00	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>45.263.572,29</u>	<u>31.663.145,99</u>	<u>29.849.944,11</u>
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	7.100,00	11.025,00	5.800,00
II. Forderungen und sonstige	880.331,55	4.362.215,33	259.876,09
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	172.473,28	770,23	456.756,20
Summe Umlaufvermögen	<u>1.059.904,83</u>	<u>4.374.010,56</u>	<u>722.432,29</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	55.394,96	144.540,16	80.990,00
Bilanzsumme Aktiva	46.378.872,08	36.181.696,71	30.653.366,40

PASSIVA	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	28.000,00	28.000,00	28.000,00
II. Kapitalrücklage	3.000.571,38	2.932.793,60	2.932.793,60
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	560.505,74	646.576,96	1.027.955,66
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	86.071,22	381.378,70	375.902,21
Summe Eigenkapital	<u>3.675.148,34</u>	<u>3.988.749,26</u>	<u>4.364.651,47</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	32.492.877,78	21.830.230,78	20.755.245,78
C. Rückstellungen	683.100,00	475.666,00	314.875,00
D. Verbindlichkeiten	6.527.745,96	9.375.045,67	4.740.723,15
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	512.005,00	477.871,00
Bilanzsumme Passiva	43.378.872,08	36.181.696,71	30.653.366,40

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,20 Mio. EUR, bzw. um 22,0 % auf 36,18 Mio. EUR vermindert.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände stehen den Zugängen von 87 Tsd. EUR Abschreibungen von 21 Tsd. EUR gegenüber.

Bei den Sachanlagen stehen den Investitionen von 736 Tsd. EUR Abschreibungen in Höhe von 2.590 Tsd. EUR gegenüber, sodass sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 1.854 Tsd. EUR auf 29.714 Tsd. EUR verminderte.

Die Investitionen betreffen im Wesentlichen den Bau einer Zugangsrampe für Schwerbehinderte (328 Tsd. EUR), das Kameraüberwachungssystem (86 Tsd. EUR), das Debis Leitsystem (73 Tsd. EUR) sowie die Parkplatzerweiterung Kaarst-Mitte (33 Tsd. EUR).

Die innerhalb der Finanzanlagen ausgewiesene Beteiligung an der Regiobahn Fahrbetrieb wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2011 an die Stadt Düsseldorf, den Rhein-Kreis Neuss, den Kreis Mettmann und die Stadt Kaarst veräußert. Der hieraus resultierende Veräußerungsgewinn beträgt 36 Tsd. EUR.

2. Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände setzen sich wie folgt zusammen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistung	145.149,90 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00 €

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betrafen im Vorjahr die Regiobahn Fahrbetrieb.

Sonstige Vermögensgegenstände	114.726,19 €
-------------------------------	--------------

Passiva:

1. Eigenkapital

Im Berichtsjahr 2011 wurde kein Betrag aus der Kapitalrücklage entnommen, somit bleibt diese unverändert.

Der Jahresüberschuss 2010 in Höhe von 381.378,70 € wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

2. Sonderposten

Neben der Auflösung der Sonderposten in Höhe von 2.034 Tsd. EUR, wurden Abgänge in Höhe von 8.000 Tsd. EUR verbucht, die mit den Investitionszuschüssen der veräußerten Dieseltreibfahrzeuge an die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH in direktem Zusammenhang stehen.

3. Rückstellungen

Steuerrückstellungen für Gewerbesteuer für das Jahr 2011 wurden in Höhe von 24.725,00 € gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen sind der beigefügten Übersicht zu entnehmen:

	Stand 01.01.2011 €	Inanspruch- nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2011 €
Versicherungs- beiträge	91.900,00	0,00	0,00	22.800,00	114.700,00
Ausstehende Rechnungen	75.750,00	71.400,00	4.350,00	0,00	0,00
Spitzabrechnung VRR	75.000,00	75.000,00	0,00	0,00	0,00
Brückensanierung	60.000,00	0,00	30.000,00	15.100,00	45.100,00
Altersteilzeit	56.400,00	32.000,00	0,00	0,00	24.400,00
Jahresabschluss- kosten	47.000,00	46.518,55	481,45	39.000,00	39.000,00
Aufbewahrungs- rückstellung	20.000,00	2.000,00	0,00	2.000,00	20.000,00
Urlaubsansprüche	16.200,00	16.200,00	0,00	15.200,00	15.200,00
Übrige	31.300,00	29.300,00	2.000,00	31.750,00	31.750,00
	473.550,00	272.418,55	36.831,45	125.850,00	290.150,00

4. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten untergliedern sich in

- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.778.970,19 €
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	890.765,44 €
- Sonstige Verbindlichkeiten	70.987,52 €

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2009 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2011 EUR
1. Umsatzerlöse	5.019.892,96	5.079.240,94	4.328.263,16
2. sonstige betriebliche Erträge	3.364.111,45	11.536.526,39	2.414.866,23
3. Personalaufwand	-918.869,17	-941.365,63	-868.218,50
4. Abschreibungen	-3.670.890,23	-3.785.072,91	-2.611.619,73
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.476.295,53	-11.088.545,16	-2.656.018,49
Betriebsergebnis	317.949,48	800.783,63	607.272,67
6. Erträge aus Beteiligungen	208.283,10	0,00	0,00
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.806,19	1.015,53	905,24
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-442.341,05	-387.889,26	-180.167,61
9. Aufwendungen aus Beteiligungen	0,00	-29.482,13	0,00
Finanzergebnis	-231.251,76	-416.355,86	-179.262,37
Ergebnis der gewöhnlichen			
10. Geschäftstätigkeit	86.697,72	384.427,77	428.010,30
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
	0,00	-2.116,00	-51.157,00
12. sonstige Steuern	-626,50	-933,07	-951,09
13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	86.071,22	381.378,70	375.902,21

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Umsatzerlöse** haben sich gegenüber dem Vorjahr um 751 Tsd. EUR bzw. 14,8 % auf 4.328 Tsd. EUR vermindert und setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Erlöse aus:		
Infrastrukturleistungen für die Regiobahn Fahrbetrieb	3.773	3.762
Überlassung von Fahrzeugen und Betriebshalle an die Regiobahn Fahrbetrieb	243	944
Geschäftsbesorgung für die Regiobahn Fahrbetrieb	162	225
Nutzung von Anlagen und Trassen	150	148
Erlösschmälerungen für Vorjahre	0	0
	<u>4.328</u>	<u>5.079</u>

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Erträge werden im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (2.034 Tsd. EUR) sowie Miet- und Grundstückserträge (94 Tsd. EUR) ausgewiesen.

Der **Personalaufwand** verminderte sich um 74 Tsd. EUR bzw. 7,9 % auf 868 Tsd. EUR.

Die **Abschreibungen** des Berichtsjahres liegen mit 2.612 Tsd. EUR unter dem Vorjahresniveau von 3.785 Tsd. EUR. Wesentliche Ursache für die Verminderung ist die Veräußerung der Diesel-Triebzüge an die Regiobahn Fahrbetrieb zum 31. Dezember 2010. Im Vorjahr sind Abschreibungen auf die Fahrzeuge in Höhe von 1.198 verrechnet worden.

Die Verminderung der **übrigen Aufwendungen** ist im Wesentlichen auf die geringeren Instandhaltungskosten und Reparaturen der Regiobahn-Strecke zurückzuführen.

Das **Betriebsergebnis** verminderte sich bei um 1.830 Tsd. EUR gesunkenen Erträgen und um 1.637 Tsd. EUR betrieblichen Aufwendungen auf 606 Tsd. EUR (Vorjahr: 799 Tsd. EUR).

Das **Finanzergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Zinserträge	1	1
Zinsaufwendungen	-180	-388
Ergebnübernahme Regiobahn Fahrbetrieb	0	-29
	<u>-179</u>	<u>-416</u>

Das Finanzergebnis ist durch Zinsaufwendungen aufgrund der Bankdarlehen geprägt. Die Verminderung der Zinsaufwendungen ist im Wesentlichen auf die Übertragung von drei Bankdarlehen an die Regiobahn Fahrbetrieb begründet.

Die **Ertragssteuern** in Höhe von 51 Tsd. EUR betreffen die Gewerbesteuer für das laufende Jahr. Der körperschaftssteuerliche Verlustvortrag beträgt zum 31. Dezember 2011 399 Tsd. EUR.

Die Regio-Bahn GmbH schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem **Jahresergebnis** von 376 Tsd. EUR ab.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat im August 2009 den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der geplanten Streckenverlängerung der Regiobahn vom Endhaltepunkt Mettmann Stadtwald bis zur Einschleifung in die Strecke der Linie S9 in Wuppertal-Dornap erteilt. Das Bauvorhaben wurde vom VRR in den Förderkatalog 2010 für die Gewährung von Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW mit der Bedingung aufgenommen, dass die Finanzierung der Betriebsleitung auf der Verlängerungsstrecke längerfristig gesichert sein muss. Die Frage bezüglich der Übernahme dieser Kosten ist zurzeit noch ungeklärt.

Mit den Rheinischen Kalkwerken (Rheinkalk) wurde im Jahr 2005 ein Vertrag über den Kauf einer Bodenhalde zur Herstellung der erforderlichen Bahntrasse geschlossen. Der Vertrag ist zurzeit schwebend unwirksam, da er an die Voraussetzungen der Finanzierung und Plangenehmigung des Bauvorhabens gebunden ist.

Neben der Regiobahn-Verlängerung nach Wuppertal ist ausgehend vom anderen Endhaltepunkt der Linie S28 Kaarster See eine Streckenverlängerung nach Viersen bzw. Venlo geplant. Im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Untersuchung wurde die gesamtwirtschaftliche Sinnhaftigkeit für das Projekt eindeutig nachgewiesen. Es wurde ein Kosten-Nutzen-Indikator von 2,14 ermittelt. Für die Wiederinbetriebnahme der ehemaligen Streckenverbindung Kaarster See nach Viersen ist der Bau von ca. 12 km Gleisanlagen als ein- bzw. zweigleisiger Abschnitt, zwei Haltepunkten in Willich-Schiefbahn und Neersen und ein neuer Bahnsteig im Bahnhof Viersen vorgesehen. Die Baukosten sind mit ca. 57 Mio. EUR veranschlagt.

Der Stadtrat der Stadt Neuss hat im Februar 2012 die Stadtverwaltung Neuss beauftragt, die konkreten Vorbereitungen für den Bau eines neuen Haltepunktes der Regiobahn an der Morgensternsheide in Neuss einzuleiten. Das Planfeststellungsverfahren soll im Geschäftsjahr 2012 von der Regiobahn GmbH in Auftrag gegeben werden. Durch den Bau des Haltepunktes ergibt sich die Notwendigkeit, den bisher eingleisigen Streckenabschnitt Neuss Hbf – Kaarster See teilweise zweigleisig auszubauen. Das Gesamtprojekt wurde als Fördervorhaben bei der VRR AöR angemeldet. Im Jahr 2009 wurde ein Vertrag mit der NordWestBahn GmbH für die Nutzung der Servicestation der Gesellschaft in Mettmann Stadtwald geschlossen. Die NordWestBahn hat im Dezember 2009 für 16 Jahre den Fahrbetrieb auf den Linien RE10 von Kleve nach Düsseldorf Hbf und RB31 von Duisburg Hbf nach Xanten übernommen. Die Wartung und Außenreinigung der dort eingesetzten LINT-Triebfahrzeuge wird seitdem zum Teil in der Servicestation der Gesellschaft durchgeführt. Zu diesem Zweck wurde die Servicestation im Jahr 2009 ausgebaut. Die Gesellschaft hat ferner Lager-, Büro- und Sozialräume errichtet und vermietet diese seit dem 01. Juli 2010 an die NordWestBahn GmbH. Die Finanzierung der Lager-, Büro- und Sozialräume erfolgte über ein Darlehen, welches im Geschäftsjahr 2010 von der Gesellschaft aufgenommen wurde.

Die am 31. Dezember 2010 an die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH veräußerten TALENT-Dieseltriebfahrzeuge wurden seinerzeit beim Neuerwerb durch die Regiobahn GmbH mit öffentlichen Mitteln bezuschusst. Die Gesellschaft hat sich in diesem Zusammenhang gegenüber dem Subventionsgeber dazu verpflichtet, die Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsfrist für den Betrieb auf der Linie S28 einzusetzen. Der Subventionsgeber hat einer Übertragung der Fahrzeuge vom Verkäufer auf den Käufer zugestimmt und gleichzeitig klargestellt, dass die Regiobahn GmbH Rechtsträger der gewährten Zuwendungen bleibt. Zu einer anteiligen Rückforderung von Subventionen wird es laut Schreiben des Zuwendungsgebers nur dann kommen, wenn die geförderten Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsdauer nicht mehr zweckentsprechend eingesetzt werden sollten. Um ein Risiko für die Gesellschaft zu vermeiden, wurde die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH vertraglich dazu verpflichtet, die Fahrzeuge entsprechend des Zweckbindungszwecks einzusetzen und die Bestimmungen des Zuwendungsbescheides zu beachten.

Auch im Geschäftsjahr 2012 wird mit einem positiven Geschäftsverlauf gerechnet.

Als Investitionsschwerpunkt im Geschäftsjahr 2012 ist neben der Fertigstellung der Zuwendungsrampe für Schwerbehinderte am Haltepunkt Erkrath Nord unter anderem die Einrichtung eines Dynamischen Fahrgastinformationssystems (DFI) am Neanderthal-Museum vorgesehen. Ferner sind Instandhaltungsarbeiten im üblichen finanziellen Rahmen der letzten Jahre geplant.

Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH

Basisdaten

Anschrift	An der Regiobahn 15 40822 Mettmann
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	2010
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 08. Oktober 2010
Handelsregister	HRB 19431 (Wuppertal)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Erfüllung von im allgemeinen Interesse liegenden SPNV-Leistungen. Die Gesellschaft erbringt insoweit ausschließlich auf der Grundlage von Verkehrsverträgen mit dem VVR Betriebsleistungen des Schienenverkehrs auf der Strecke S28 und weiteren Strecken, die räumlich im materiellen Zuständigkeitsbereich der VRR gelegen sind und deren Betrieb mit der für die Gesellschafter geltenden Gemeindeordnung und der Kreisordnung in Einklang steht.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Stadt Düsseldorf	9.750,00 €	39,00
Rhein-Kreis Neuss	6.500,00 €	26,00
Kreis Mettmann	5.550,00 €	22,20
Stadt Kaarst	3.200,00 €	12,80

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Technischer Beigeordnete Manfred Meuter.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 16 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages aus neun stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei von der Stadt Düsseldorf, drei vom Kreis Mettmann, zwei vom Rhein-Kreis Neuss und einer von der Stadt Kaarst entsendet werden. Darüber hinaus entsendet der Verkehrsbund Rhein-Ruhr ein beratendes Mitglied.

Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH war für das Geschäftsjahr 2011 Herr Christian Horn.

Geschäftsführer

Ulrich Bergmann
Jürgen Hambuch

Personalbestand

Die Gesellschaft beschäftigte in 2011 durchschnittlich 12 Angestellte.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Es kam im Berichtsjahr zu keinerlei Zahlungsströmen.

Bilanz

AKTIVA	31.12.2011
	EUR
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	71.774,00
II. Sachanlagen	10.738.228,00
III. Finanzanlagen	0,00
Summe Anlagevermögen	<u>10.810.002,00</u>
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	75.450,00
II. Forderungen und sonstige	1.019.681,47
III. Wertpapiere	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei	2.320.388,56
Summe Umlaufvermögen	<u>3.415.520,03</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.727,00
Bilanzsumme Aktiva	14.236.249,03

PASSIVA	31.12.2011
	EUR
A. Eigenkapital	
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0,00
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	106.671,59
Summe Eigenkapital	<u>131.671,59</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	7.231.031,00
C. Rückstellungen	2.527.301,00
D. Verbindlichkeiten	4.346.245,44
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00
Bilanzsumme Passiva	14.236.249,03

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2009 EUR	31.12.2010 EUR	31.12.2011 EUR
1. Umsatzerlöse	0,00	13.911.057,51	14.449.919,29
2. sonstige betriebliche Erträge	2.751,95	159.307,38	1.023.747,40
3. Materialaufwand	0,00	-13.596.318,95	-13.036.207,70
4. Personalaufwand	0,00	-114.283,10	-246.973,85
5. Abschreibungen	0,00	-8.476,00	-1.251.006,54
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.339,93	-382.895,01	-554.569,15
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	587,98	2.527,38	3.220,94
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-401,34	-185.669,61
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	-29.482,13	202.460,78
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00	-95.789,17
11. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	29.482,13	0,00
12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	106.671,61

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Nach Gründung der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, seinerzeit als Tochterunternehmen der Regiobahn GmbH, wurde die Durchführung der Eisenbahnverkehrsleistung auf der Linie S 28 auf die Gesellschaft übertragen. In diesem Zusammenhang wurden keine zusätzlichen Aufgaben von der Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übernommen, so dass auch keine Erweiterung hinsichtlich des Umfangs der erkennbaren Risiken eingetreten ist.

Laut dem am 08. Oktober 2010 abgeschlossenen Geschäftsanteilskauf- und –abtretungsvertrag wurden die Geschäftsanteile der Regiobahn GmbH an die Landeshauptstadt Düsseldorf (39,0 %), den Rhein-Kreis Neuss (26,0 %), den Kreis Mettmann (22,2%) und die Stadt Kaarst (12,8 %) veräußert und der Ergebnisabführungsvertrag mit der Regiobahn GmbH einvernehmlich aufgehoben. Damit werden Jahresüberschüsse seit dem Geschäftsjahr 2011 nicht mehr an die Regiobahn GmbH abgeführt bzw. Jahresfehlbeträge werden nicht mehr von der Regiobahn GmbH ausgeglichen.

Die Laufzeit des Auferlegungsvertrags mit der VRR AöR für die Erbringung der Betriebsleistung auf der Linie S28 endete im Dezember 2011. Für den darauf folgenden Zeitraum von 10 Jahren bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021 wurde ein In-house-Verkehrsvertrag mit der VRR AöR abgeschlossen. Somit ist der Fortbestand der Gesellschaft für diesen Zeitraum gesichert.

Im Unterschied zum Auferlegungsvertrag erhält die Gesellschaft laut Inhouse-Verkehrsvertrag jetzt eine Erstattung der Betriebsleistung auf der Basis eines vereinbarten Zugkilometerpreises für die erbrachte Leistung und nicht mehr wie bisher auf der Basis der für die auferlegte Leistung nachgewiesenen Kosten. Dies hat unter anderem zur Folge, dass die Gesellschaft die Risiken und Chancen aufgrund von unterjährigen Preisschwankungen bei der Dieselbeschaffung jetzt selbst trägt. Laut dem bisherigen Auferlegungsvertrag war die Gesellschaft gegen Preisschwankungen auf dem Dieselmärkte vollständig abgesichert, da die tatsächlich entstandenen Betriebskosten erstattet wurden. Nach den Regelungen im neuen Inhouse-Verkehrsvertrag erfolgt die Erstattung jetzt auf der Basis eines vereinbarten Zugkilometerpreises zuzüglich einer jährlichen Dynamisierung auf der Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Preisindizes für Energiebezugskosten.

Das Eigentum an den 12 TALENT-Dieseltriebfahrzeugen der Regiobahn wurde am 31. Dezember 2010 von der Regiobahn GmbH auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH übertragen. Die Regiobahn GmbH hatte für die Neuanschaffung der Triebfahrzeuge seinerzeit öffentliche Fördermittel erhalten. Mit Schreiben vom 17. September 2010 und vom 14. September 2010 hatte der Subventionsgeber einer Übertragung der Fahrzeuge zugestimmt und gleichzeitig klargestellt, dass die Regiobahn GmbH als Verkäufer Rechtsträger der gewährten Subvention bleibt und somit eine Übertragung des Subventionsverhältnisses auf die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH nicht in Betracht kommt. Die Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH ist gegenüber dem Subventionsgeber dazu verpflichtet, die Fahrzeuge innerhalb der Zweckbindungsdauer entsprechend dem Verwendungszweck für den Betrieb auf der Linie S28 einzusetzen. Die Zweckbindungsfrist für die Fahrzeuge endet spätestens am 30. Juni 2017.

Die Sicherheits- und Servicedienstleistungen und die Hauptuntersuchungen an den Triebfahrzeugen waren bisher Bestandteil der Subunternehmerleistung. Seit Dezember 2011 werden beide Leistungsbestandteile von der Gesellschaft selbst erbracht. Zu diesem Zweck wurden im Geschäftsjahr 2011 mehrere Mitarbeiter als Sicherheits- und Servicekräfte bei der Gesellschaft eingestellt. Die Hauptuntersuchen an den Triebfahrzeugen sind grundsätzlich alle sechs Jahre durchzuführen, wobei in Abhängigkeit von dem Ergebnis einer Begutachtung der Fahrzeuge gemäß § 32 Nr. 3 EBO Verlängerungen von zwei Mal einem Jahr möglich sind. Es ist vorgesehen, die Hauptuntersuchungen an acht der zwölf Fahrzeuge in den Jahren 2014 bis 2016 durchzuführen, die restlichen vier Fahrzeugen sollen dann in den Jahren 2018 und 2019 untersucht werden.

Die Regiobahn GmbH beabsichtigt, die Strecke der Regiobahn weiter auszubauen. Diesbezüglich sind Streckenverlängerungen vom Endhaltepunkt Mettmann Stadtwald nach Wuppertal und vom Endhaltepunkt Kaarster See nach Viersen geplant. Die Finanzierung der Betriebsleistungen ist für beide Vorhaben noch nicht gesichert.

Im kommenden Geschäftsjahr ist wieder mit einem positiven Betriebsergebnis zu rechnen. Die weiterhin erfreuliche Entwicklung der Fahrgastzahlen im Geschäftsjahr 2011 lässt auch für das Jahr 2012 ein positives Ergebnis erwarten.

Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH

Basisdaten

Anschrift	Meererhof 1 41460 Neuss
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 26. Oktober 1995
Handelsregister	HRB 8784 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Es gehört nicht zu den Aufgaben der Gesellschaft, selbst Fahrleistungen zu erbringen.

Es gehört zu den Aufgaben des Unternehmens, den Nahverkehrsplan für das Gebiet des Kreises Neuss in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden des Kreises zu erarbeiten und fortzuschreiben.

Öffentliche Zwecksetzung

Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss im Rahmen der Daseinsvorsorge.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.564,59 EUR und teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Rhein-Kreis Neuss	8.436,32 €	33,00
Stadt Neuss	6.391,15 €	25,00
Stadt Grevenbroich	2.300,81 €	9,00
Stadt Dormagen	2.045,17 €	8,00
Stadt Meerbusch	2.045,17 €	8,00
Stadt Kaarst	1.533,88 €	6,00
Stadt Korschenbroich	1.278,23 €	5,00
Gemeinde Jüchen	1.022,58 €	4,00
Gemeinde Rommerskirchen	511,29 €	2,00

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Geschäftsführer

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung ist Herr Hans Ulrich Boehm für das Berichtsjahr.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht nach § 7 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages aus 18 Mitgliedern, wovon jeder Gesellschafter zwei Mitglieder stellt.

Vertreter im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH waren für das Berichtsjahr Herr Lars Christoph und Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter.

Geschäftsführer

Hans-Jürgen Petrauschke

Personalbestand

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Umlage an die Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH betrug für das Berichtsjahr 730 Tsd. EUR.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Bilanz

Aktiva	31.12.2011	31.12.2010	Passiva	31.12.2011	31.12.2010
Forderungen Guthaben bei Kreditinstituten	54.232,48 € 1.487.649,38 €	125.687,09 € 1.173.451,67 €	Stammkapital	25.564,58 €	25.564,58 €
			Kapitalrücklage	74.379,42 €	74.379,42 €
			Jahresergebnis	0,00 €	0,00 €
			Rückstellungen	12.350,00 €	32.405,14 €
			Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00 €	0,00 €
			Verbindlichkeiten geg. Gesellschaftern	1.429.587,86 €	1.166.789,62 €
	1.541.881,86 €	1.299.138,76 €		1.541.881,86 €	1.299.138,76 €

Gewinn- und Verlustrechnung

	2011	2010
sonst. betriebliche Erträge	5.146,79 €	4.336,82 €
sonst. betriebliche Aufwendungen	3.804,64 €	3.568,72 €
sonst. Zinsen und ähnliche Erträge	262,04 €	346,63 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.604,19 €	0,00 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00 €	1.114,73 €
Jahresüberschuss	0,00 €	0,00 €

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Die Gesellschaft hat – wie in den Vorjahren – namens und auf Rechnung des Rhein-Kreises Neuss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs abgewickelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel

des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Berechnung und das Inkasso der von den Gesellschaftern aufzubringenden ÖPNV- und SPNV-Kosten und die Abrechnung mit dem Verkehrsbund Rhein-Ruhr.

Diese Tätigkeit führt nicht zu Umsätzen im Sinne des Umsatzsteuerrechtes.

Aus dieser Tätigkeit hat sich in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben.

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages trägt der Kreis insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft. Die Kosten werden in Rechnung gestellt.

Rückstellungen für sonstige betriebliche Aufwendungen wurden gebildet.

Das Personal der Gesellschaft besteht lediglich aus dem Geschäftsführer, dessen Tätigkeit bereits durch sein Hauptamt abgegolten ist.

Der Bestand der Gesellschaft war in den vergangenen Geschäftsjahren zu keiner Zeit gefährdet.

Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Moselstraße 14 41464 Neuss
Rechtsform	Kommanditgesellschaft
Gründungsjahr	1989
Gesellschaftsvertrag	in der Fassung vom 18. November 2009
Handelsregister	HRA 4570 (Neuss)

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz NRW für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Gegenstand des Unternehmens sind weiterhin alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Öffentliche Zwecksetzung

Produktion und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Rhein-Kreis Neuss als Sendegebiet.

Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital beträgt 770. Tsd. EUR und ist voll eingezahlt. Es wird von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Gesellschafter	Anteile (Euro)	Anteile (%)
Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co.KG	577.500,00 €	75,00
Rhein-Kreis Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Neuss	53.900,00 €	7,00
Stadt Grevenbroich	15.400,00 €	2,00
Stadt Dormagen	15.400,00 €	2,00
Stadt Kaarst	15.400,00 €	2,00
Stadt Meerbusch	15.400,00 €	2,00
Stadt Korschenbroich	11.550,00 €	1,50
Gemeinde Jüchen	7.700,00 €	1,00
Gemeinde Rommerskirchen	3.850,00 €	0,50

Beteiligungen der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführer
- Gesellschafterversammlung

Geschäftsführer

Geschäftsführer der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss, vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Uwe Peltzer als persönlich haftende Gesellschafterin. Deren alleinige Gesellschafterin ist die Rheinisch-Bergische Verlagsgesellschaft mbH.

Gesellschafterversammlung

Vertreter der Stadt Kaarst in der Gesellschafterversammlung war im Berichtszeitraum Herr Hans-Ulrich Boehm (Bereich Finanzen).

Personalbestand

Bei der Gesellschaft waren für das Berichtsjahr 2011 durchschnittlich 4 Arbeitnehmer beschäftigt.

2009	2010	2011
5	5	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Von dem im Jahr 2010 erwirtschafteten Jahresüberschuss wurden im Berichtsjahr 2011 an die Stadt Kaarst anteilig 4.679,87 EUR Brutto ausgeschüttet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Bilanz

AKTIVA	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	49.703,00	35.358,00	18.818,00
II. Sachanlagen			
1. Bauten auf fremden Grundstücken	1.310,00	1.018,00	808,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.023,00	64.617,00	53.508,00
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	26.000,00	26.000,00	26.000,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Waren	2.071,55	794,80	794,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	167.542,99	100.861,49	79.349,48
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	33.916,07	37.212,89	34.679,87
3. Sonstige Vermögensgegenstände	31.063,12	71.805,00	52.207,51
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	916.062,28	658.697,14	865.425,33
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8.488,59	14.096,42	10.671,63
Bilanzsumme AKTIVA	1.292.180,60	1.010.460,74	1.142.262,62

PASSIVA	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
A. Eigenkapital			
1. Kapitalanteile der Kommandantisten	770.000,00	770.000,00	770.000,00
2. Kapitalrücklagen	25.564,59	25.564,59	25.564,59
B. Sonderposten für aktivierte Anteile an der	26.000,00	26.000,00	26.000,00
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen	22.271,82	41.281,00	34.895,53
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	133.454,21	71.726,74	66.358,39
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	250.685,13	54.775,05	194.277,56
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	1.397,63	1.068,29
4. Sonstige Verbindlichkeiten	64.203,85	19.715,73	24.098,26
Bilanzsumme PASSIVA	1.292.179,60	1.010.460,74	1.142.262,62

Erläuterungen zur Bilanz

Die Bilanzsumme hat sich zum Stichtag um 132 Tsd. EUR auf 1.142 Tsd. EUR reduziert.

Aktiva:

1. Anlagevermögen

Die Zu- und Abgänge des Anlagevermögens betrafen hauptsächlich Ersatzbeschaffungen im Bereich Büro-EDV, Studioteknik und Werbemittel (+ 17 Tsd. EUR). Insgesamt verringerte sich das Anlagevermögen aufgrund von Abgängen und Abschreibungen um insgesamt 28 Tsd. EUR.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind alle innerhalb eines Jahres fällig. Die Veränderung des kurzfristigen Vermögens resultiert insbesondere aus dem stichtagsbedingten Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistung (-22 Tsd. EUR). Steuererstattungsansprüche verringerten sich um 20 Tsd. EUR.

Passiva:

1. Rückstellungen

Bei den sonstigen Rückstellungen handelt es sich im Wesentlichen um Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 17 Tsd. EUR, Prüfungskosten in Höhe von 10 Tsd. EUR und Personal in Höhe von 7 Tsd. EUR.

2. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind wie im Vorjahr alle innerhalb eines Jahres fällig. In den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 150 Tsd. EUR (Vorjahr: 44 Tsd. EUR) enthalten.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen in voller Höhe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Zum Bilanzstichtag 2011 wird das gesamte Fremdkapital vollständig durch die liquiden Mittel gedeckt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2011	31.12.2010	01.10. - 31.12.2009
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.696.516,88	1.682.102,33	557.010,45
2. sonstige betrieblichen Erträge	24.980,57	11.933,62	17.130,96
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	51.511,12	59.652,19	17.405,29
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	154.397,14	176.889,85	58.056,08
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersverorgung und Unterstützung	33.337,83	39.859,36	14.400,75
5. Abschreibungen	44.731,21	46.194,61	9.129,92
6. Sonstige betrieblichen Aufwendungen	1.228.097,15	1.322.628,88	337.238,42
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.268,14	2.341,56	749,18
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.447,74	11.857,99	1.609,35
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	210.243,40	39.294,63	137.050,78
10. Steuern vom Ertrag	33.934,00	8.099,00	17.756,00
11. Sonstige Steuern	-723,21	64,65	0,00
12. Jahresüberschuss	177.032,61	31.130,98	119.294,78
13. Gutschrift auf Privatkonten	-177.032,61	-31.130,98	-119.294,78
14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse entfallen auf Hörfunkwerbung (einschließlich Partnerabrechnung und Erlöse radio NRW) in Höhe von 1.447 Tsd. EUR (Vorjahr: 1.370 Tsd. EUR), auf Sponsoring in Höhe von 92 Tsd. EUR und auf sonstige Erlöse mit 163 Tsd. EUR (Vorjahr: 202 Tsd. EUR) abzüglich Skonto in Höhe von 6 Tsd. EUR (Vorjahr: 7 Tsd. EUR). Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt.

In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Umsatzerlöse von radio NRW in Höhe von 51 Tsd. EUR (Vorjahr: 0 Tsd. EUR) enthalten.

2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierbei handelt es sich mit 2 Tsd. EUR (Vorjahr: 11 Tsd. EUR) um die Verzinsung der Privatkonten der Kommanditisten.

3. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss in Höhe von 177.032,61 EUR wurde den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Einlage auf den Privatkonten gutgeschrieben.

Lage der Gesellschaft und Ausblick

Durch zunehmende Planungsunsicherheiten (Finanz-, Währungs- und Konjunkturkrisen insbesondere im außenwirtschaftlichen Umfeld) bleibt eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Senders äußerst schwierig und seriös nicht prognostizierbar. Es wird von einem schwierigen aber relativ stabilen wirtschaftlichen Umfeld ausgegangen. Aufgrund fehlender langfristiger Werbeplanung der Kunden, sind die Einbuchungen überwiegend kurzfristig. Zudem kann sich der Ausfall von wenigen Großkundenaufträgen insbesondere im lokalen Bereich und bei der Funk-Kombi West erheblich auf den Gesamtumsatz auswirken. Die Planung der Umsatzerlöse ist somit von großer Unsicherheit geprägt. Gut die Hälfte des Umsatzes wird von den regionalen und landesweiten Vermarktungsgesellschaften (Funk-Kombi West / radio NRW) generiert. Der relativ hohe Anteil ist auch auf das Verhältnis lokale / landesweite Sendezeit zurückzuführen und zeigt die Abhängigkeit von dem Funktionieren eines flächendeckenden Lokalfunksystems. Auf die Entwicklung der regionalen und überregionalen Umsätze hat der Sender nur geringen Einfluss. So kann eine durch Reichweitenverluste bei radio NRW verursachte Gesamtumsatzeinbuße z.B. nur bedingt durch eine lokale Reichweitensteigerung durch den Sender ausgeglichen werden. Das für das Unternehmen sehr wichtige flächendeckende Lokalfunksystem mit dem alleinigen Mantelprogrammanbieter radio NRW scheint vorerst nicht gefährdet zu sein.

Die Verbreitung der „Neuen Medien“ (Web-Radio, Online-Dienste, E-Commerce etc.) ist nicht in dem Maße erfolgt, wie die anfängliche Euphorie erwarten ließ. Vielmehr hat sich die zusätzliche Verbreitung über das Internet als sinnvolle Ergänzung zu dem terrestrischen Weg etabliert. Durch das sich verändernde Mediennutzungsverhalten zu Gunsten des Internets – vor allem der jüngeren Generationen – ist mittelfristig von einer steigenden Relevanz des Mediums Radio auszugehen.

Die durch die Genfer Funkwellenkonferenz angestoßene Neuordnung der Rundfunkfrequenzen im Juni 2006 (RRC 06) markiert den Übergang von der analogen auf die digitale terrestrische Rundfunkverbreitung. Dieser Übergang hat sich in den darauf folgenden Jahren aber nicht mit der Geschwindigkeit weiterentwickelt, wie allgemein erwartet wurde. Am 01. August 2011 gingen jedoch 13 öffentlich-rechtliche und private Hörfunkprogramme auf DABplus in bundesweiter digital terrestrischer Verbreitung auf Sendung. Der Digitalstart von DABplus wurde von der Geräteindustrie finanziell unterstützt. Bis 2016 sollen in Deutschland 16 Millionen DABplus-fähige Multinormenempfänger verkauft werden. Zweifel, ob das angesichts der Verfügbarkeit des bundesweiten DABplus- Radioangebotes realistisch ist, sind angebracht, denn das als bundesweit angepriesene Netz erreicht derzeit erst 38 Millionen Hörer. Über einen weiteren Netzausbau soll 2014 entschieden werden. Für die beteiligten privaten

Hörfunker ergibt sich beim DABplus- Engagement trotz gegebener Chancen auch ein deutliches wirtschaftliches Risiko.

Schwierig gestaltet sich auch die Lage in den einzelnen Bundesländern. Bei allen Unterschiedlichkeiten kristallisiert sich heraus, dass die ARD – Landesrundfunkanstalten und die Media Broadcast als Sendernetzbetreiber in allen Bundesländern Interesse daran haben, jeweils eigene landesweite Sendernetze aufzubauen.

Eine belastbare Prognose, wie sich das bundesweite DABplus entwickeln wird und ob es zu einem flächendeckenden landesweiten DABplus- Sendebetrieb mit neuen regionalen Programmen in NRW kommen wird, ist derzeit kaum möglich.

Angesichts der mit der Rundfunkdigitalisierung einhergehenden Zunahme an Verbreitungsmöglichkeiten könnte die bestehende Hörfunkordnung einen grundlegenden Wandel erfahren. Möglicherweise werden dadurch neben den Webradios noch weitere Hörfunkanbieter auf den Markt treten und den Wettbewerbsdruck weiter erhöhen. Welche darüber hinaus gehenden Auswirkungen sich für das in NRW installierte Lokalfunksystem ergeben, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Durch den Tausch von UKW-Frequenzen zwischen BFBS und Deutschlandfunk werden in den nächsten zwei Jahren voraussichtlich 6 – 12 analoge UKW-Frequenzen in NRW für bestehende Radioveranstalter oder interessierte Dritte verfügbar sein. Obwohl mit diesen Frequenzen keine Flächendeckung in NRW und nach bisherigen Berechnungen lediglich 6 Mio. potenzielle Hörer erreicht werden können, gibt es ca. 20 Interessenten, die diese Frequenzen für ein Hörfunkprogramm in NRW nutzen möchten. Es ist zu erwarten, dass die Staatskanzlei NRW die freien UKW-Frequenzen der Landesanstalt für Medien NRW (LfM NRW) im ersten Halbjahr 2012 zuweisen wird und die LfM NRW diese UKW-Frequenzen dann ausschreiben wird. Die sich hieraus ergebenden Auswirkungen sowohl im Hörer- als auch im Werbemarkt sind demnach noch völlig offen. Sollten die Frequenzen an einen externen Anbieter gehen, würden insbesondere die Großstadtseher des NRW-Lokalfunksystems belastet, die einen erheblichen Beitrag für das Solidarmodell des Lokalfunksystems leisten.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einer leichten Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und mit relativ stabilen Hörerreichweiten auf regionaler und landesweiter Ebene gerechnet. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen für 2012 in Höhe von insgesamt 20,8 Mio. EUR (Hochrechnung für 2011: ca. 22,4 Mio. EUR, Stand Dezember), sodass bei steigender Reichweite von NEWS 89.4 mit etwa gleich hohen Zuflüssen wie in 2011 kalkuliert werden kann. Die Gesamtkosten bleiben in den nächsten zwei Jahren auf dem Niveau des Berichtsjahres, so dass weiterhin mit positiven Jahresergebnissen gerechnet werden kann.

Volkshochschul-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich

Basisdaten

Anschrift	Am Schulzentrum 18 41564 Kaarst
Rechtsform	Volkshochschulzweckverband im Sinne des Weiterbildungsgesetzes
Gründungsjahr	1976
Satzung	in der Fassung vom 02.Dezember 1998

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule (VHS). Die Volkshochschule ist eine Einrichtung der Weiterbildung nach Weiterbildungsgesetz.

Beteiligungsverhältnisse

Mitglieder des Verbandes sind gem. § 1 der Zweckverbandssatzung die Städte Kaarst und Korschenbroich. Die konkreten Beteiligungen sind nachfolgend dargestellt:

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	85%	56.086,30 €
Stadt Korschenbroich	15%	9.897,58 €

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher

Erster Beigeordneter Heinz-Dieter Vogt

Der Vorstandsvorsteher führt die Geschäfte des Volkshochschul-Zweckverbandes. Er ist in dieser Eigenschaft auch unmittelbarer Dienstvorgesetzter aller hauptberuflichen Mitarbeiter der Volkshochschule.

Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung des Volkshochschul-Zweckverbandes tritt in der Regel zwei Mal jährlich zusammen, um grundlegende Fragen der Gestaltung der Volkshochschularbeit, insbesondere Fragen des Haushalts und des Stelleplans zu beraten und zu beschließen. Für das Berichtsjahr sind folgende Vertreter der Stadt Kaarst in die Verbandsversammlung entsendet:

- Dagmar Treger (Vorsitzende)
- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Angelika Zelleröhr
- Dorothea Zillmer
- Elke Beyer
- Marianne Michael-Fränzel
- Hanno Wilsch
- Rolf-Peter Weyers
- Christiane Eickelmann
- Klaus Stevens (Bereich Kultur)

Personalbestand

	2009	2010	2011
Pädagogische Mitarbeiter	3,6	3,6	3,6
Verwaltungsmitarbeiter	4	4	4
Dozenten	220	220	250

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2009 wurde insgesamt eine Verbandsumlage nach § 11 der Satzung in Höhe von 288.028,54 Euro von der Stadt Kaarst geleistet.

Darüber hinaus hat die Stadt Kaarst gegenüber dem Volkshochschul-Zweckverband zum Stichtag 31.12.2009 eine Verbindlichkeit aus Pensions- und Beihilfeansprüchen in Höhe von 678.476,80 Euro.

Gleichzeitig wurden von dem Volkshochschul-Zweckverband 59.400,72 Euro an Mieten und Nutzungsgebühren und Verwaltungskosten erstattet.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	€	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>			
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.818,82	10.116,93	6.220,34
1. 2. Sachanlagen			
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und	0,00	0,00	0,00
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	10.727,92	10.727,92	10.727,92
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen,	666,56	707,37	748,18
1. 2. 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung	56.890,63	48.106,14	39.836,79
1. 2. 9. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im	0,00	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen			
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	1.706,50	1.718,60	1.659,18
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00	0,00
1. 3. 5. an verbundene Unternehmen			
1. 3. 5. an Beteiligungen			
1. 3. 5. an Sondervermögen			
1. 3. 5. Sonstige Ausleihungen			
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	77.810,43	71.376,96	59.192,41
2. <u>Umlaufvermögen</u>			
2. 1. Vorräte			
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
2. 2. Forderungen und sonstige			
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	1.118.076,83	1.080.330,00	0,00
2. 2. 1. 1. Gebühren			
2. 2. 1. 2. Beiträge			
2. 2. 1. 3. Steuern			
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen			
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderu			
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	2.002,85	594,41	5.054,34
2. 2. 2. 1. gegenüber dem privaten Bereich			
2. 2. 2. 2. gegenüber dem öffentlichen Bereich			
2. 2. 2. 3. gegen verbundene Unternehmen			
2. 2. 2. 4. gegen Beteiligungen			
2. 2. 2. 5. gegen Sondervermögen			
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	338.719,72	260.641,54	164.203,29
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	1.458.799,40	1.341.565,95	169.257,63
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	12.144,43	15.593,41	12.144,43
Summe Aktiva	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	1.548.754,26	1.428.536,32	240.594,47

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

PASSIVA

	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	€	€	€
1. <u>Eigenkapital</u>			
1. 1. Allgemeine Rücklage	47.627,60	47.627,60	47.627,60
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	18.356,28	1.897,81	18.356,28
1. 4. Jahresüberschuss	0,00	16.458,47	0,00
	65.983,88	65.983,88	65.983,88
2. <u>Sonderposten</u>			
2. 1. für Zuwendungen	0,00	0,00	0,00
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00	0,00
	0,00	0,00	0,00
3. <u>Rückstellungen</u>			
3. 1. Pensionsrückstellungen	1.117.765,00	1.079.930,00	953.649,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen	303.302,78	236.289,93	140.932,88
	1.421.067,78	1.316.219,93	1.094.581,88
4. <u>Verbindlichkeiten</u>			
4. 1. Anleihen	0,00	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen			
4. 2. 2. von Beteiligungen			
4. 2. 3. von Sondervermögen			
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich			
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt			
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur	0,00	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	55.039,58	30.708,34	28.872,38
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	6.663,02	15.624,17	16.118,63
	61.702,60	46.332,51	44.991,01
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00	0,00
Summe Passiva	1.548.754,26	1.428.536,32	1.205.556,77

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden gemäß § 43 Abs. 1 GemHVO NRW nur aktiviert, soweit sie entgeltlich erworben wurden. In 2011 werden sie mit 7.818,82 € bilanziert. Es handelt sich um System- und Anwendungssoftware, die dem Betrieb der EDV-Anlage dient.

Sachanlagen

Gegenüber den Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz auf der Grundlage von vorsichtig geschätzten Zeitwerten nach § 54 GemHVO NRW wurden für das im Haushaltsjahr 2011 zugegangene Vermögen gemäß § 33 GemHVO NRW die geleisteten Anschaffungskosten und die erbrachten Herstellungskosten als Wertansätze zugrunde gelegt.

Das vhs-eigene Kunstwerk „Alle Leute gehen zur Volkshochschule“ wird gem. § 55 (3) GemHVO mit dem einer dauerhaften Versicherung zugrunde zu legenden Wert mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten von 10.727,92 € angesetzt.

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt sich vorrangig in den Neuanschaffungen und den Wertveränderungen durch Abschreibung. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit 56.890,63 € bilanziert, die technischen Anlagen mit 666,56 €. Für die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauern gilt die vom Innenministerium bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen.

Finanzanlagen

Hier werden 1.706,50 € als Beteiligung am Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds (KVR-Fonds) bei den Rheinischen Versorgungskassen für die Beamten des Zweckverbandes als Wertpapiere des Anlagevermögens bilanziert. Die Bedeutung des vor Einführung der Pensionsrückstellungen zu bildenden Pflichtfonds entfiel mit der Einführung der Pensionsrückstellungen. Er wird vom Zweckverband auch nicht auf freiwilliger Basis weitergeführt. Die bereits angesparten Fondsanteile erfahren lediglich eine jährliche Wertentwicklung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Gebühren, die Forderungen aus Transferleistungen, die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen und die privatrechtlichen Forderungen wurden im Grundsatz mit dem Nennwert bzw. Barwert angesetzt. Auf niedergeschlagene Forderungen wurde eine Einzelwertberichtigung von 100 % vorgenommen. Auf Forderungen aus dem Jahr 2010 und vorhergehenden Jahren wurde eine pauschale Wertberichtigung von 100 % vorgenommen.

Liquide Mittel

Als liquide Mittel wurden Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 338.719,72 € ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennbetrag. Die Veränderung von 78.078,18 € im Vergleich zum 31.12.2010 ist gleich dem Saldo der Finanzrechnung.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten Gehaltszahlungen für Beamte von 12.144,43 €, die vor dem Bilanzstichtag verausgabt wurden, aber erst nach dem Bilanzstichtag Aufwand darstellen.

Passiva:

Allgemeine Rücklage

Als allgemeine Rücklage ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Vermögen des vhs-Zweckverbandes (= Aktivseite) und der Ausgleichsrücklage, den Sonderrücklagen, den Sonderposten, den Rückstellungen, den Verbindlichkeiten und den passiven Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen.

Ausgleichsrücklage

Die Höhe der Ausgleichsrücklage wurde nach § 75 Abs. 3 GO NRW gebildet. Sie betrug in der Eröffnungsbilanz 2006 ein Drittel der Höhe des Eigenkapitals. Im Jahresabschluss 2011 wurde sie wie auch bereits in den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 nicht in Anspruch genommen.

Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag

Das Jahresergebnis beträgt Null. Damit entsteht kein Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss.

Rückstellungen

Pensionsrückstellungen

Die Bezüge der Versorgungsempfänger des vhs-Zweckverbandes werden durch den Anschluss an die Rheinische Versorgungskasse von dort ausgezahlt. Unmittelbare Zahlungsverpflichtungen des vhs-Zweckverbandes bestehen insoweit nicht. Dennoch verbleibt ein mittelbarer Zahlungsanspruch der Versorgungsempfänger gegenüber dem vhs-Zweckverband, welcher entsprechend als ungewisse Verbindlichkeit zu bilanzieren ist.

Der Wert für die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen wurde durch die Rheinische Versorgungskasse auf der Grundlage einer versicherungsmathematischen Berechnung der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2011 mit RVK-Ausgabedatei vom 1.2.2012 ermittelt.

Danach beinhalten die Rückstellungen neben den künftigen Versorgungslasten der vhs Kaarst-Korschenbroich auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz und die Ansprüche nach §107b BeamtVG. Bei den Berechnungen sind die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % berücksichtigt worden.

31.12.2011	Aktiva	Passiva
Pensions- und Beihilfeansprüche	944.868 €	1.117.765 €
Ansprüche §107b BeamtVG	172.897 €	
	1.117.765 €	1.117.765 €

Den Pensionsrückstellungen von 1.117.765 € stehen Forderungen gegen die Verbandskommunen als sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen von 944.868 € und Forderungen nach § 107b BeamtVG von 172.897 € gegenüber. Die Verbandskommunen haben dem Ausweis dieser Forderungen schriftlich zugestimmt bzw. in den eigenen Bilanzen bereits berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen gemäß § 36 Abs. 4 GemHVO NRW im Jahresabschluss 2010 umfassen die Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub in Höhe von 7.245,51 €, sowie Rückstellungen in Höhe von 296.057,27 € für den Ausgleich zukünftiger Mitgliedsumlagen. Nach § 11 Abs. 2 Satz 3 der Satzung des vhs-Zweckverbandes sind Überschüsse und Fehlbeträge spätestens im übernächsten Rechnungsjahr auszugleichen. Dies bedeutet auch, dass für Überschüsse eine entsprechende Rückstellung zu bilden ist, die in kommenden Haushaltsjahren aufzulösen ist.

Verbindlichkeiten

Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Weitere Einzelheiten gehen aus dem diesem Anhang beigefügten Verbindlichkeitspiegel hervor, s. 3.3. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung bestehen in Höhe von 55.039,58 €. Hierunter fallen insbesondere Honorarzahungen an Dozenten für Veranstaltungen, die in 2011 durchgeführt wurden. Zum Stichtag bestanden noch keine Zahlungsverpflichtungen, jedoch sind die entstandenen Aufwände im Rahmen einer antizipativen Rechnungsabgrenzung dem Haushaltsjahr 2011 zuzuordnen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Es bestehen sonstige Verbindlichkeiten von 6.663,02 € (u.a. Nebenkosten für das vhs-Haus).

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Es bestehen keine passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Sonstige Angaben

1. Es bestehen **finanzielle Verpflichtungen** aus Wartungsverträgen von 12.607,35 €, aus Mietverträgen von 42.433,92 € und aus Leasingverträgen von 10.493,77 € p.a.
2. **Finanzielle Verpflichtungen** bestehen ferner aus der Mitgliedschaft im Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen e.V. von 3.290,02 €.
3. Die vhs Kaarst-Korschenbroich ist **Mitglied der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse in Köln**. Die hierüber versicherten Mitarbeiter der vhs Kaarst-Korschenbroich und deren Hinterbliebene erhalten von der RVK/RZVK Versorgungs- und Versicherungsrenten. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen und dem anteiligen, auf den vhs-Zweckverband Kaarst-Korschenbroich entfallenden Vermögen der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen allenfalls der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse vor und stehen - wie allen Mitgliedern der Rheinischen Versorgungs- und Zusatzversorgungskasse - der vhs Kaarst-Korschenbroich nicht zur Verfügung. Der Umlagesatz beträgt 4,25 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme. Zusätzlich wird ein Sanierungsgeld von 3,5 % der umlagepflichtigen Lohn- und Gehaltssumme erhoben. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umlagesätzen auszugehen

Gewinn- und Verlustrechnung

Bezeichnung	Jahresergebnis 2009	Jahresergebnis 2010	Jahresergebnis 2011
Steuern und ähnliche Abgaben			
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	517.577,25	518.970,45	530.898,00
+ Sonstige Transfererträge			
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	581.238,10	562.342,44	553.801,57
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	29.267,50	26.467,50	29.997,50
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.794,44	124.853,73	121.329,25
+ Sonstige ordentliche Erträge	46.128,01	31.696,47	16.221,38
+ Aktivierte Eigenleistungen			
+ Bestandsveränderungen	56.054,07	114.980,42	37.835,00
= ORDENTLICHE ERTRÄGE	1.257.059,37	1.379.311,01	1.290.082,70
- Personalaufwendungen	899.502,51	1.035.442,67	952.506,32
- Versorgungsaufwendungen	8.624,57	4.263,85	217,31
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	59.407,93	20.513,15	12.166,82
- Bilanzielle Abschreibungen	28.151,35	15.941,26	15.119,40
- Transferaufwendungen			
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	262.297,85	303.643,50	312.022,11
= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	1.257.984,21	1.379.804,43	1.292.031,96
= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	-924,84	-493,42	-1.949,26
+ Finanzerträge	924,84	493,42	1.949,26
- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen			
= FINANZERGEBNIS	924,84	493,42	1.949,26
= ORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00	0,00	0,00
+ Außerordentliche Erträge			
- Außerordentliche Aufwendungen			
= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS			
= JAHRESERGEBNIS	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Jahresergebnis 2011 schließt mit 0 € ab.

In Bezug auf den fortgeschriebenen Haushaltsansatz des Rechnungsjahres 2011 ergeben sich Mehrerträge von 105.083 €. Mehrerträge wurden insbesondere bei den Kostenerstattungen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für BAMF-Kurse mit 79.929 € und bei den Landeszuweisungen nach WBG mit 32.665 € erzielt, neben Mehrerträgen bei den Bestandsveränderungen in Höhe von 37.835 €. Es handelt sich hierbei um nicht zahlungswirksame Bestandsveränderungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten, die keine Auswirkungen auf die Finanzrechnung haben.

Den Mehrerträgen von 105.083 € stehen entsprechende Mehraufwendungen in gleicher Höhe gegenüber. Insbesondere sind das 57.209 € höhere Dozentenhonoreare im Vergleich zum Planansatz, sowie Bestandsveränderungen i.H.v. 68.161 € im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Lage des Verbandes und Ausblick

Die liquiden Mittel in der Finanzrechnung erhöhten sich im Vergleich zum 31.12. des Vorjahres um 78.078 €, die Ergebnisrechnung schloss mit 0 € ab. Die Ausgleichsrücklage bleibt unangetastet und beträgt weiterhin 18.356 €.

Die Allgemeine Rücklage beträgt 47.628 €. Das Eigenkapital weist einen Bestand von 65.984 € auf. Es dient dem Erhalt der dauerhaften Leistungsfähigkeit des Zweckverbandes und kann für die künftige Aufgabenerfüllung eingesetzt werden.

Die Ertragslage des Zweckverbandes ist im Verhältnis zu vergleichbaren Einrichtungen weiterhin positiv. Die Entwicklung der Erträge (Teilnehmerentgelte, Landes- und Bundesförderung und Sponsorengelder) ist abhängig von externen Faktoren, die vom Zweckverband nicht beeinflusst werden können (gesamtwirtschaftliche Lage, Finanzkrise). Sie wirken auf den Zweckverband zum Teil nur mittelbar ein, da die finanziellen Risiken von den Verbandsstädten Kaarst und Korschenbroich über die Umlagefinanzierung getragen werden. Ob die Landesförderung über 2012 hinaus auf konstantem Niveau bleibt, ist noch nicht bekannt.

In den Jahren 2006, 2007 und 2009 sank das Anlagevermögen infolge seiner Abschreibung, da keine entsprechenden Neuinvestitionen getätigt wurden. In 2010 und 2011 wurde der Bestand durch eine verstärkte Investitionstätigkeit gesichert.

Die einzubeziehenden Pensionsrückstellungen führen zu keinen unmittelbaren Zahlungsverpflichtungen, da die Beitragszahlungen an die RVK die laufenden Ansprüche der Versorgungsempfänger abdecken. Insofern ist die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes noch besser als es das Jahresergebnis ausweist. Künftig erworbene Pensionsansprüche der aktiven Beamten werden im Rahmen der lfd. Haushaltswirtschaft erwirtschaftet.

Zweckverband IT-Kooperation Rheinland

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag der Stadt Kaarst noch kein Jahresabschluss 2011 vor. Die ITK-Rheinland teilte mit, dass der Jahresabschluss 2011 grundsätzlich schon fertig gestellt ist, jedoch noch vom Rechnungsprüfungsamt geprüft und von der Verbandsversammlung (18.12.2012) bestätigt werden muss. Aufgrund dessen beziehen sich nachfolgende Erläuterungen auf den Jahresabschluss 2010, zum Teil mit Bezug auf Daten des Jahres 2009.

Basisdaten

Anschrift	Hammfelddamm 4 41464 Neuss
Rechtsform	Zweckverband
Gründungsjahr	1998
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 2007

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband die Aufgabe, die kommunale Datenverarbeitungszentrale für die Verbandsmitglieder zu betreiben und technikerunterstützende Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen. Insbesondere obliegen ihm

- Entwicklung und Fortschreibung gemeinsamer Standards für eine einheitliche informationstechnische Infrastruktur,
- Entwicklung und Fortschreibung von Konzeptionen zu Einsatz und Nutzung der TUIV
- Auswahl und Beschaffung, Neuentwicklung, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendersoftware,
- Organisation und Bereitstellung von Beratung und Unterstützung sowie Betreuung und Schulung,
- Abwicklung der zentralen Produktion,
- Organisation der netztechnischen Infrastruktur zwischen der ITK Rheinland und den Anwenderverwaltungen, einschließlich Betrieben der Netze,
- Organisation und Betrieb der IT-Infrastruktur in den Anwenderverwaltungen auf deren Wunsch und
- Organisatorische Weiterentwicklung der Zusammenarbeit.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 100.000 EUR. Das gesamte Eigenkapital zum 31.12.2009 3.541.068,68 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Der Betrag von 98.461,70 Euro, der in der städtischen Bilanz als Beteiligungswert ausgewiesen wurde, beruht auf dem anteiligen Eigenkapitalwert der ITK-Neuss zum Stichtag 31.12.2006. Hier wurde das gesamte Eigenkapital (1.230.771,23 Euro) zum 31.12.2006 entsprechend den Stimmverhältnissen (50 Stimmen, davon entfallen vier auf die Stadt Kaarst) aufgeteilt.

Die Beteiligungsverhältnisse zum 31.12.2009

Landeshauptstadt Düsseldorf	56 Stimmen	1.870.753,28 €
Rhein-Kreis Neuss	9 Stimmen	300.656,77 €
Stadt Neuss	15 Stimmen	501.094,62 €
Stadt Grevenbroich	5 Stimmen	167.031,54 €
Stadt Dormagen	6 Stimmen	200.437,85 €
Stadt Meerbusch	4 Stimmen	133.625,23 €
Stadt Kaarst	4 Stimmen	133.625,23 €
Stadt Korschenbroich	3 Stimmen	100.218,92 €
Gemeinde Jüchen	2 Stimmen	66.812,62 €
Gemeinde Rommerskirchen	2 Stimmen	66.812,62 €
	<u>106 Stimmen</u>	<u>3.541.068,68 €</u>

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- **Verbandsversammlung**
- **Verwaltungsrat**
- **Verbandsvorsteher**

Verbandsversammlung

Die **Verbandsversammlung** bestimmt als politisches Gremium die strategische Ausrichtung der ITK Rheinland und entscheidet über die Finanz- und Personalressourcen. In der **Verbandsversammlung** sitzen Mitglieder aus den Stadt- und Gemeinderäten der Landeshauptstadt Düsseldorf, im Rhein-Kreis Neuss und aus dem Kreistag. Mindestens einmal jährlich tagt die **Verbandsversammlung**. Vorsitzender ist Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Vertreter der Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der **Verbandsversammlung** sind:

- Herr Volker Schöneberg
- Herr Theo Thissen
- Herr Udo Hartings
- Herr Ralf Stübben (Bereich Zentrale Dienste)

Verwaltungsrat

Im Verwaltungsrat legen der Landrat und die Bürgermeister der Verwaltungen die Grundlagen der IT-Strategie fest und steuern die laufende Geschäftstätigkeit der ITK Rheinland im Sinne einer strategischen Unternehmensführung und eines strategischen Controllings. Der Verwaltungsrat trifft alle kostenrelevanten Entscheidungen für den Verband, insbesondere entscheidet er über den Einsatz neuer Verfahren. Die neun Mitglieder tagen regelmäßig und nach Bedarf. Vertreter der Stadt

Kaarst im Berichtsjahr im Verwaltungsrat war Bürgermeister Franz-Josef Moormann.

Verbandsvorsteher

Verbandsvorsteher der ITK Rheinland ist seit 1.7.2009 Wilfried Kruse, Beigeordneter der Landeshauptstadt Düsseldorf. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbands im Nebenamt; unterstützt wird er durch den Geschäftsführer Dr. Bodo Karnbach.

Personalbestand

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2009 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2009
Beamte	61	9	3	67
Beschäftigte	63	29	4	88
Versorgungsempfänger	3	2	0	5
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	1	0	0	1

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Die Stadt Kaarst hat im Jahr 2010 Zahlungen in Höhe von 972 Tsd. EUR an die ITK-Rheinland geleistet für Produktionskosten, Leistungskosten, Schulungen, Leasing und Webhosting.

Gleichzeitig erhielt die Stadt Kaarst Gewinnerträge von der ITK-Rheinland in Höhe von 61.626,04 Euro sowie Kostenerstattungen für das Meldewesen von 9.502,54 Euro.

Bilanz

Aktiva	31.12.2010	31.12.2009
A. Anlagevermögen	3.991.742,00 €	3.331.671,35 €
<i>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</i>	<i>3.125.867,00 €</i>	<i>2.912.548,35 €</i>
1. Lizenzen	2.989.648,00 €	2.893.363,35 €
2. Geleistete Anzahlungen	136.219,00 €	19.185,00 €
<i>II. Sachanlagen</i>	<i>862.745,00 €</i>	<i>412.309,00 €</i>
1. Bauten auf fremden Grundstücken	213.019,00 €	85.067,00 €
2. Technische Anlagen und Maschinen Andere Anlagen, Betriebs- und	152.525,00 €	136.489,00 €
3. Geschäftsausstattung	347.720,00 €	190.753,00 €
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	149.481,00 €	- €
III. Finanzanlagen Sonstige Ausleihungen	3.130,00 €	6.814,00 €
B. Umlaufvermögen	21.688.975,24 €	20.170.493,86 €
<i>I. Vorräte</i>	<i>123.430,68 €</i>	<i>25.958,68 €</i>
<i>Forderungen und sonstige</i>		
<i>II. Vermögensgegenstände</i>	<i>21.565.544,56 €</i>	<i>20.144.535,18 €</i>
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistung	430.011,07 €	197.309,27 €
2. Forderungen gegen Verbandsmitglieder	21.135.533,49 €	19.893.848,50 €
3. Sonstige Vermögensgegenstände	- €	53.377,41 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	520.353,31 €	620.957,11 €
Summe Aktiva	26.201.070,55 €	24.123.122,32 €

Hinweis: Die Bilanz des Jahres 2011 liegt noch nicht vor, so dass auf die Daten des Jahres 2010 zu Grunde gelegt wurden.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Passiva	31.12.2010	31.12.2009
A. Eigenkapital	3.946.556,44 €	3.541.078,68 €
I. Stammkapital	100.000,00 €	100.000,00 €
II. Rücklagen Allgemeine Rücklage	1.877.383,05 €	1.877.383,05 €
III. Bilanzgewinn	1.969.173,39 €	1.563.695,63 €
B. Rückstellungen	19.814.452,53 €	17.235.976,55 €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche		
1. Verpflichtungen	15.445.662,45 €	13.706.375,00 €
2. sonstige Rückstellungen	4.368.790,08 €	3.529.601,55 €
C. Verbindlichkeiten	2.247.477,98 €	3.161.591,24 €
Verbindlichkeiten gegenüber		
1. Kreditinstituten	96,42 €	- €
2. Anzahlungen auf Bestellungen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und	253.271,35 €	164.519,75 €
3. Leistungen Verbindlichkeiten gegenüber	1.637.131,04 €	1.497.644,57 €
4. Verbandsmitgliedern	356.979,17 €	1.499.426,92 €
5. sonstige Verbindlichkeiten	- €	- €
D. Rechnungsabgrenzungsposten	192.591,60 €	184.485,85 €
Summe Passiva	26.201.078,55 €	24.123.132,32 €

Erläuterungen zur Bilanz

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare, planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Von dem im Rahmen des BilMoG eingeführten Wahlrecht, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren (§ 248 Absatz 2 Satz 1 HGB), wurde kein Gebrauch gemacht.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Anlagegegenstände werden linear unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Zugänge des beweglichen Sachanlagevermögens werden monatsgenau abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis zu EUR 150,00 werden im Jahr es Zugangs direkt im betrieblichen Aufwand berücksichtigt. Abnutzbare bewegliche geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 werden gemäß § 6 Abs. 2 a EStG in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Unter den Finanzanlagen sind die sonstigen Ausleihungen mit dem Nennwert bilanziert.

Die Vorräte werden, unter Beachtung des Niederstwertprinzip, zu Anschaffungskosten einschließlich Anschaffungsnebenkosten bewertet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind zum Nennwert bilanziert.

Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder betreffen insbesondere Forderungen gegen die Städte Neuss und Düsseldorf aus Erstattungsansprüchen für übernommene Pensions- und Beihilferückstellungen sowie aus dem Cash-Management (nur Stadt Neuss). Des Weiteren werden unter diesem Posten Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Entwicklungsleistungen und Softwarebeschaffung sowie aus übrigen Lieferungen und Leistungen ausgewiesen. Die Forderungen gegen Verbandsmitglieder haben mit Ausnahme der Forderungen aus dem Cash-Management und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine Restlaufzeit von über einem Jahr.

Die ITK Rheinland ist in ein zentrales Cash-Management mit der Stadt Neuss eingebunden, so dass der Ausweis von Guthaben bei Kreditinstituten entfällt.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen die im Dezember 2010 gezahlten Beamten- und Pensionsbezüge für Januar 2011 sowie geleistete Vorauszahlungen für die Wartung von Hard- und Software in Folgejahren.

Das Eigenkapital hat sich im Wirtschaftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2010 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Endbestand 31.12.2010 TEUR
Stammkapital	100,0	0,0	0,0	100,0
Allgemeine Rücklage	1.877,0	0,0	0,0	1.877,0
Bilanzgewinn	1.564,0	1.969,0	1.564,0	1.969,0

Das Stammkapital von EUR 100.000,00 entspricht § 12 Abs. 1 der Verbandssatzung und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Die Allgemeine Rücklage beträgt EUR 1.877.373,05 und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung bewertet. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichend objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Die Rückstellungen haben sich im Wirtschaftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2010 TEUR	Zugang TEUR	Abgang TEUR	Inanspruch- nahme TEUR	Stand 31.12.2010 TEUR
Pensionen und pensionsähnliche Verpflichtungen	13.706,0	1.740,0	0,0	0,0	15.446,0
Beihilfe Pensionäre	2.120,0	402,0	0,0	66,0	2.456,0
Erstattungsverpflichtung aus Beihilfen gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf	52,0	37,0	0,0	0,0	89,0
Urlaub und Überstunden	637,0	806,0	0,0	637,0	806,0
Mietnebenkosten und sonstige ausstehende Eingangsrechnungen	211,0	310,0	0,0	1,0	520,0
Altersteilzeit	416,0	33,0	0,0	117,0	332,0
Jahresabschlusskosten	47,0	77,0	0,0	47,0	77,0
Beihilfen Beamte	25,0	43,0	0,0	25,0	43,0
Sonstiges	22,0	24,0	0,0	0,0	46,0
Summe	17.236,0	3.472,0	0,0	893,0	19.815,0

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen umfassen sämtliche Pensionsansprüche von Beamten und deren Hinterbliebenen. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Mercer Deutschland GmbH, Mühlheim an der Ruhr. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31.12.2009 wurde in Anlehnung an die Regelungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement ein Zinssatz von 5 % zugrunde gelegt. Der bilanzierten Pensionsrückstellungen stehen ausgewiesene Erstattungsansprüche von 6.822.886 EUR gegenüber, die unter den Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern ausgewiesen werden.

Die Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen umfassen sämtliche Verpflichtungen zur Zahlung von Beihilfen im Krankheitsfall an Pensionäre und Hinterbliebene. Die Bewertung erfolgt auf Grundlage des versicherungsmathematischen Gutachtens der Mercer Deutschland GmbH, Mühlheim an der Ruhr. Der Ermittlung des versicherungsmathematischen Teilwerts zum 31. Dezember 2010 wurde gemäß § 22 Abs. 3 EigVO NRW i.V.m. § 36 Abs. 1 GemHVO NRW ein Zinssatz von 5 % p.a. zugrunde gelegt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurde für vier (i.V. fünf) bereits abgeschlossene Verträge gebildet. Die Rückstellungen berücksichtigen die ungewis-

sen Verbindlichkeiten mit dem Betrag der voraussichtlichen Inanspruchnahme. Die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Wirtschaftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank zum Bilanzstichtag ermittelt wurde, abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die zum Betrieb erforderlichen Finanzmittel hat die ITK Rheinland aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftet. Darlehensaufnahmen waren nicht erforderlich. Insgesamt war die ITK Rheinland stets in der Lage, ihren fälligen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern resultieren im Wesentlichen aus der laufenden Liefer- und Leistungsverrechnung sowie aus der Ausschüttung des Bilanzgewinns 2009.

Die Restlaufzeiten der bestehenden Verbindlichkeiten sind dem Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen. Die Verbindlichkeiten sind insgesamt ungesichert.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt im Wesentlichen die im Jahr 2010 erhaltenen, anteilig jedoch das Jahr 2011 betreffenden Nutzungsentgelte für die Leistung des Competence Center Verkehrswesen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2010	31.12.2009
1. Umsatzerlöse	32.794.794,62 €	27.656.075,51 €
Erhöhung des Bestands an unfertigen		
2. Leistungen	88.512,00 €	- €
3. sonstige betriebliche Erträge	714.382,58 €	1.411.184,08 €
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	- 1.906.537,91 €	- 1.509.984,72 €
b) Aufwendungen für bezogenen Leistungen	- 12.682.142,38 €	- 9.190.263,77 €
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	- 10.025.165,05 €	- 9.812.395,89 €
b) Sozialabgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	- 2.449.254,05 €	- 4.121.052,50 €
Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände und		
6. Sachanlagevermögen	- 1.120.648,00 €	- 897.624,43 €
7. sonstige betrieblichen Aufwendungen	- 2.837.196,52 €	- 2.283.534,54 €
Erträge aus der Ausleihung des		
8. Finanzanlagevermögens	- €	187,42 €
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57.068,10 €	78.216,52 €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 664.640,00 €	- 462,05 €
11. Jahresüberschuss	1.969.173,39 €	1.330.345,63 €
12. Bilanzgewinn aus dem Vorjahr	- €	754.282,51 €
13. Ausschüttung an die Verbandsmitglieder	- €	- 754.282,51 €
14. Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	- €	233.350,00 €
15. Zuführung zur Allgemeinen Rücklage	- €	- €
16. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	- €	- €
17. Auflösung der zweckgebundenen Rücklage	- €	- €
18. Bilanzgewinn	1.969.173,39 €	1.563.695,63 €

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzen sich im Wirtschaftsjahr und im Vorjahr wie folgt zusammen:

	2010 TEUR	2009 TEUR
Erlöse von Verbandsmitgliedern	23.362,0	21.894,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Verband	7.178,0	3.799,0
Erlöse von Dritten	2.002,0	1.726,0
Erlöse aus Weiterverrechnung Telekommunikation	253,0	233,0
Sonstige Umsatzerlöse	0,0	4,0
	<hr/>	<hr/>
	32.795,0	27.656,0

Die ITK Rheinland hat ein produktorientiertes Preisbildungsmodell entwickelt; im Berichtsjahr ist mit den Vorstandsmitgliedern entsprechend der Inanspruchnahme auf Basis des kalkulierten Festpreises je Produkt bzw. nach Einzelverträgen abgerechnet worden. Der Kostenbeitrag der Landeshauptstadt Düsseldorf für Standard- und Sonderleistungen sowie die Verteilung der Gemeinkosten ist dagegen durch Vertrag vom 16. September 2010 sowie durch diverse Verträge, die auf Preiskalkulationen beruhen, gesondert vereinbart und abgerechnet worden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus dem Erstattungsanspruch für Pensionen (TEUR 514; i.V. TEUR 1.328) sowie periodenfremden Erträgen (TEUR 193; i.V. TEUR 2). Die periodenfremden Erträge beinhalten den nachberechneten Kostenanteil am Competence Center Sozialwesen gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf für 2009 (TEUR 128), die Nachtragszahlung zur Endabrechnung 2009 mit der Landeshauptstadt Düsseldorf (TEUR 40) sowie die Erstattung zur Heiz- und Betriebskostenabrechnung 2009 (TEUR 25).

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe beinhalten Aufwendungen für die ITK Rheinland sowie für die Verbandsmitglieder. Die ITK Rheinland hat für Papier, Formulare, Toner, Softwarelizenzen bis EUR 150,00/ Stück, Softwareupdates, Hardwareergänzungen und Speichermedien sowie fusionsbedingten Aufwand insgesamt TEUR 338 (i.V. TEUR 502) aufgewendet. Auf den Anwenderverbund entfallen Aufwendungen für Lizenzen und sonstiges Material in Höhe von TEUR 1.569 (i.V. TEUR 1.008).

Auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind hinsichtlich der Empfänger ITK Rheinland bzw. Verbandsmitglieder zu trennen.

Die ITK Rheinland hatte Aufwendungen für:

- Produktionsleistungen des Competence Centers Rechenzentrum und innerhalb der IT-K R/R	3.234,0 TEUR
- Leasing, Wartung, Instandhaltung Hardware	1.280 TEUR
- Wartung Software	1.136 TEUR
- Sonstige bezogene Leistungen für Produktion	1.131 TEUR
- Schulungsaufwand	38,0 TEUR

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Für Aufwendungen der Verbandsmitglieder vor Ort (Hardware, Software, bezogene Leistungen), die weiterverrechnet wurden, sind bei der ITK Rheinland 5.863 TEUR angefallen.

Der Personalaufwand für die durchschnittlich beschäftigten 65 Beamten und 80 Beschäftigten setzt sich wie folgt zusammen:

- Besoldung und Vergütung	6.454 TEUR
- Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung	651 TEUR
- Aufwendungen für Altersversorgung	1.673 TEUR
- Beiträge zur Unfallversicherung	12 TEUR
- Aufwand Personalerstattungen Landeshauptstadt Düsseldorf	3.571 TEUR
- Aufwendungen für Unterstützung	113 TEUR

In dem Personalaufwand wurden auch die Aufwendungen für das von der Landeshauptstadt Düsseldorf abgeordnete bzw. gestellte Personal ausgewiesen.

Der Personalbestand hat sich im Wirtschaftsjahr 2010 wie folgt entwickelt:

	Anfangsbestand 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Endbestand 31.12.2010
Beamte	61	9	3	67
Beschäftigte	63	29	4	88
Versorgungsempfänger	3	2	0	5
Begünstigte eines Versorgungsempfängers	1	0	0	1

Sonstige betriebliche Aufwendungen fielen in 2010 wie folgt an:

- Miete und Mietnebenkosten	1.183 TEUR
- Beratungs- und Prüfungskosten	606 TEUR
- Telekommunikation	324 TEUR
- Fortbildung	134 TEUR
- Fusionsbedingter Standortwechsel	122 TEUR
- Dienstleistungen der Stadt Neuss	120 TEUR
- Dienstleistungen der Landeshauptstadt Düsseldorf	112 TEUR
- Fahrzeug- und Reisekosten	48 TEUR
- Versicherung und Beiträge	41 TEUR
- Buchverluste aus Anlagenabgängen	33 TEUR
- Büromaterial und Literatur	26 TEUR
- Instandhaltung von Anlagen und Maschinen	25 TEUR
- Repräsentation und Aufwand für Sitzungen	16 TEUR
- Öffentlichkeitsarbeit, Ausschreibungen	13 TEUR
- Übrige	34 TEUR

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Das von dem Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 29,0 TEUR inkl. USt und entfällt in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen.

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens wurden im Vorjahr aufgrund eines Bedienstetendarlehens erzielt.

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge werden durch den Zinsanteil an den Lizenzkosten (27 TEUR) sowie das Cash-Management (30 TEUR) erzielt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betreffen in voller Höhe den Zinsaufwand aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen. Im Vorjahr beinhaltete der Posten die von einem Lieferanten in Rechnung gestellten Sollzinsen.

Lage des Verbandes und Ausblick

Ertragslage

Im Jahr 2010 hat die ITK einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.969 erwirtschaftet. Die einzelnen Positionen können der nachfolgenden Darstellung entnommen werden:

- Umsatzerlöse	32.795 TEUR
- Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	89 TEUR
- Sonstige betriebliche Erträge	714 TEUR
- Materialaufwand	
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	1.907 TEUR
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	12.682 TEUR
- Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	10.025 TEUR
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.449 TEUR
- Abschreibungen	1.121 TEUR
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.837 TEUR
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	57 TEUR
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	665 TEUR

Vermögenslage

Die Vermögenslage hat sich insbesondere im Bereich des Anlagevermögens (+ TEUR 660) und der flüssigen Mittel (+ TEUR 1.625), die als Finanzkonto unter den Forderungen gegen Verbandsmitglieder in der Bilanz ausgewiesen werden, verändert.

Die Anlagendeckung (Deckung des Anlagenvermögens durch das Eigenkapital) betrug 98,8 %. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der langfristigen Verbindlichkeiten betrug die Anlagendeckung 557,8 %. Die Langfrist-Deckung, d.h. die Deckung des Anlagevermögens und des langfristigen Umlaufvermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital, lag bei 194,9 %. Die Forderung, dass langfristig gebunde-

nes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert sein soll, ist somit vollständig erfüllt.

Im Berichtsjahr wurden TEUR 1.820 in das Anlagevermögen investiert. Hierbei handelt es sich überwiegend um Softwarelizenzen. Die gesamten Investitionen wurden zu 61,6 % durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus Kassenmitteln und somit ohne Kreditaufnahme.

Finanzlage

Der Zweckverband verfügt über eine ausreichende Liquidität, die jedoch auch der Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dient. Anhand des Vermögens- und Finanzplans werden der Kapitalbedarf und die Fremdkapitalaufnahme abgestimmt.

Ausblick, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Eine bestandsgefährdende Entwicklung des Zweckverbandes ist nicht erkennbar.

Die Zweckerreichung der Fusion zur ITK Rheinland, die Hebung von Synergien, wird weiter durch den Zweckverband und seine Mitglieder betrieben. Die dabei gewünschte Konsolidierung der Verfahren wird nach wie vor auch die Umstellung vom Großrechner auf zeitgemäße Technologien getrieben. Dieses Konsolidierungsgroßprojekt, was eine Vielzahl von mittleren und kleineren Projekten beinhaltet, bietet neben vielen Chancen auch aufgrund seiner Komplexität Risiken.

Hinzu kommt die Herausforderung, Verfahren zum Einsatz zu bringen, die für alle Mitglieder gleichermaßen geeignet sind. Allein eine größtmögliche Homogenität bei den eingesetzten Verfahren kann die optimale Ausnutzung der durch das Fusionsgutachten dargestellten Synergiepotenzial sicherstellen.

Die Entscheidung der Verbandsversammlung vom 25. Mai 2011, das bestehende Finanzwesen für fünf Mitglieder durch eine auf SAP basierende Fachschale abzulösen, belegt, dass einheitliche Verfahrensentscheidungen nicht immer und zu jedem Zeitpunkt zu realisieren sind. Das mit der Verbandsentscheidung gestartete Projekt zur Ablösung des bisherigen Großrechnerverfahrens im Bereich der Finanzen ist eines der größten in der bisherigen Verbandsgeschichte und erstreckt auch Risiken, die die ITK durch Kooperation mit anderen Zweckverbänden zu minimieren versucht.

Es werden zukünftig mindestens zwei Finanzverfahren innerhalb der ITK im Einsatz sein. Die sich aus dem Einsatz zweier unterschiedlicher Kernverfahren ergebenden Herausforderungen, insbesondere das Vorhalten von Kenntnissen mehrerer Verfahren bei den Mitarbeitenden und die zusätzlichen Aufwendungen bei der Erstellung von Schnittstellen, tragen dazu bei, dass Synergien gar nicht oder nur teilweise gehoben werden können.

Ein weiteres Kostenrisiko besteht darin, dass durch den Gesetzgeber oder andere Umstände den Kommunen unabänderlich Aufgaben mit IT-Bezug zusätzlich übertragen werden, die auch weitere Kosten und Aufwendungen im IT-Bereich nach sich ziehen. Im Berichtsjahr kann hierfür beispielhaft der neue Personalausweis wie auch die Arbeiten zum Zensus 2011, aber auch eine Verschlechterung der Zinseinnahmen herangeführt werden. Im Berichtsjahr konnten viele dieser Aufwendungen durch die

im Rahmen der Konsolidierung erzielten Synergien weitestgehend aufgefangen werden. Dies ist im Weiteren jedoch nur noch in einem recht eingeschränkten Umfang möglich.

Durch die nach wie vor angespannte Haushaltssituation in einigen Mitgliedkommunen sind Entscheidungen über den Einsatz neuer Verfahren nicht immer zeitnah möglich. Die sich daraus ergebenden Verschiebungen führen auch zu Verschiebungen bei der Erreichung der Synergieziele.

Ein weiterer Risikofaktor ist die nach wie vor unklare Situation im Bereich der Umsatzbesteuerung. Neben der immer noch ausstehenden Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht sind auch Bestrebungen bemerkbar, möglichst viele Umsätze einer Umsatzbesteuerung zu unterwerfen und damit auch die Leistungen der ITK an ihre Mitglieder zu verteuern.

Die Gewinnung qualifizierter und engagierter Mitarbeiter ist für die ITK ebenfalls eine Herausforderung. Die demographische Entwicklung macht vor der ITK nicht halt und führt zu einer erheblichen Fluktuation erfahrener Mitarbeiter. Neben der altersbedingten Fluktuation kann es nach dem Ende des Abordnungszeitraums zu weiteren Abgängen unter der Mitarbeiterschaft zur Landeshauptstadt Düsseldorf kommen. Diesem Trend arbeitet die ITK durch die Ausbildung zu Fachinformatikern entgegen. Die Chancen, junge und gut qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, werden dadurch erheblich verbessert.

Die ITK ist als Zweckverband im Wesentlichen an seine Mitglieder als Markt gebunden. Die Finanznot der Kommunen macht sich auch bei den IT-Ausgaben bemerkbar. Entgegen den allgemein positiven Wirtschaftsprognosen ist eine zeitnahe Erholung der kommunalen Haushaltslage nicht zu erwarten. Es ist daher nicht davon auszugehen, dass es zu einem vergleichbaren Wachstum wie in der freien Wirtschaft kommen wird.

In dieser Entwicklung, langsames Wachstum bei gleichzeitiger Konsolidierung von Verfahren, liegt auch die Chance, die strukturelle und strategische Grundsaurichtung der ITK nach der Fusion weiter zu festigen.

Die bereits durch die Fusion erreichten Skaleneffekte werden weiter durch den Beitritt zum Dachverband KDN im Jahr 2010 verstärkt. Die gemeinsamen Ausschreibungen und die weiteren Kooperationen bei der interkommunalen Zusammenarbeit werden auch künftig zu Einsparungen für die Mitglieder führen. Eine Voraussetzung für die optimale Ausnutzung derartiger Effekte ist und bleibt die Entscheidung für ein einheitliches Verfahren. Das Vorhalten von Wissen und die Einbindung verschiedener Lösungen führen zu erheblichen Mehraufwand, so dass trotz erzielter Effekte nicht alle Synergien gehoben werden können.

Ein wesentlicher Schritt zur Festigung der Fusion war der Bezug des gemeinsamen Standortes. Neben dem Wegfall des aufwendigen Unterhalts von zwei Standorten ergeben sich daraus personalpolitische Vorteile. Die Mitarbeitenden nutzen die Möglichkeit zu einem Austausch auf kurzem Wege und verfestigen so das Zusammengehörigkeitsgefühl. Dies führt zu einem verbesserten Service für die Kunden, da die Erreichbarkeit deutlich gestiegen ist.

Durch die altersbedingte Fluktuation hat die ITK die Chance, den Personalkörper nachhaltig zu verjüngen. Durch zeitgemäße Arbeitszeitmodelle und Arbeitsformen ist die ITK für junge, gut qualifizierte Mitarbeiter nicht nur als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst attraktiv.

Der Arbeitskreis Koordinierung hat mit der Erarbeitung eines neuen Preisbildungsmodells begonnen. Dieses Modell wird anhand der Daten des Jahres 2011 berechnet und im Jahr 2012 verifiziert werden. Die Mitglieder können im Jahr 2012 dieses Modell verabschieden, so dass ab dem Jahr 2013 eine einheitliche Struktur der Entgelte für alle Mitglieder gegeben sein könnte. Dabei wird das hohe Maß an Planungssicherheit für die Mitglieder nach wie vor im Fokus stehen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadt Mönchengladbach u.a. Im Ausländerwesen und Einwohnerwesen hat sich im Berichtsjahr weiterhin positiv dargestellt und bietet für beide Seiten auch zukünftig Chancen.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird mit einem positiven Jahresergebnis und Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau gerechnet. Für das Wirtschaftsjahr 2012 erwarten wir ein ausgeglichenes Jahresergebnis und wiederum Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau.

Schulverband Kaarst-Korschenbroich für die Martinus- schule, Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Schulverband als Zweckverband im Sinne des Schulverwaltungsgesetz
Gründungsjahr	1971
Satzung	in der Fassung vom 22. März 1996

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichtes lag der Stadt Kaarst lediglich die Bilanz 2011, die Ergebnisrechnung 2011 sowie die Finanzrechnung 2011 vor. Ein Textwerk bezüglich des Jahresabschlusses 2011 war noch nicht vorhanden, sodass nachfolgend auf erläuternde Informationen hierzu nicht zurückgegriffen werden kann.

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

Der Schulverband ist Träger der Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) für die Verbandsmitglieder.

Beteiligungsverhältnisse

Gemäß § 1 der Schulverbandssatzung bilden die Städte Kaarst und Korschenbroich nach § 11 Schulverwaltungsgesetz einen Schulverband.

	Beteiligungsquote	Beteiligungswert
Stadt Kaarst	59,79%	79.532,63 €
Stadt Korschenbroich	40,21%	53.487,33 €

Die Beteiligungsquote richtet sich nach den Mitgliederquotierungen nach § 7 der Satzung.

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstandsvorsteher
- Verbandsversammlung

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Franz-Josef Moormann war im Berichtszeitraum Verbandsvorsteher.

Soweit die Angelegenheiten des Schulverbandes nicht die Schulverbandsversammlung zuständig ist, werden Sie durch den Verbandsvorsteher verwaltet. Er hat die Beschlüsse der Schulverbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen.

Verbandsversammlung

Die Schulverbandsversammlung beschließt insbesondere gemäß § 8 der Verbandsatzung über folgende Angelegenheiten des Schulverbandes:

- a) die Ausübung der Rechte des Schulträgers nach § 21a SchVG,
- b) die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan,
- c) die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung,
- d) den Erwerb und die Veräußerung von Vermögenswerten, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- e) die Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für andere sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten gleichkommen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
- f) die Änderung der Satzung,
- g) die Auflösung des Schulverbandes.

Folgende ordentliche Mitglieder vertreten die Stadt Kaarst im Berichtsjahr in der Verbandsversammlung:

- Elisabeth Füßgen
- Heinrich Leßmann
- Hermann-Josef Sülzenfuß
- Angelika Zelleröhr
- Elke Beyer
- Robert Begerau
- Hanno Wilsch
- Rolf-Peter Weyer
- Dr. Anke John (Bereich Schule, Sport und Soziales)

Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Verband im Durchschnitt 4 Mitarbeiter.

2008	2009	2010
3	4	4

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Der Schulverband erhebt von seinen Verbandsmitgliedern eine Verbandsumlage, soweit seine sonstigen Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen.

Für das Haushaltsjahr 2011 zahlte die Stadt Kaarst eine Umlage in Höhe von 291.934,62 Euro.

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Bilanz

Aktivseite

	31.12.2011	31.12.2010
	€	€
1. <u>Anlagevermögen</u>		
1. 1. Immaterielle Vermögensgegenstände	535,41	803,12
1. 2. Sachanlagen		0,00
1. 2. 1. Unbebaute Grundstücke und	0,00	0,00
1. 2. 2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche	3.708,24	4.635,30
1. 2. 2. 1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00
1. 2. 2. 2. Schulen	3.708,24	4.635,30
1. 2. 2. 3. Wohnbauten	0,00	
1. 2. 2. 4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und	0,00	
1. 2. 3. Infrastrukturvermögen	0,00	0,00
1. 2. 4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	0,00	0,00
1. 2. 5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00
1. 2. 6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	0,00	0,00
1. 2. 7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.489,98	94.162,07
1. 2. 8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00
1. 3. Finanzanlagen		
1. 3. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1. 3. 2. Beteiligungen	0,00	0,00
1. 3. 3. Sondervermögen	0,00	0,00
1. 3. 4. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00
1. 3. 5. Ausleihungen	0,00	0,00
	<u>78.733,63</u>	<u>99.600,49</u>
2. <u>Umlaufvermögen</u>		
2. 1. Vorräte	0,00	0,00
2. 1. 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00
2. 1. 2. Geleistete Anzahlungen		
2. 2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. 2. 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und	3.236,16	543,26
2. 2. 1. 1. Gebühren	0,00	0,00
2. 2. 1. 2. Beiträge	0,00	0,00
2. 2. 1. 3. Steuern	0,00	0,00
2. 2. 1. 4. Forderungen aus Transferleistungen	3.262,16	543,26
2. 2. 1. 5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00
2. 2. 2. Privatrechtliche Forderungen	0,00	0,00
2. 2. 3. Sonstige Vermögensgegenstände	547,50	747,50
2. 3. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2. 4. Liquide Mittel	76.032,19	36.472,61
	<u>79.841,85</u>	<u>37.763,37</u>
3. <u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	0,00	0,00
Summe Aktiva	<u>158.575,48</u>	<u>137.363,86</u>

Beteiligungsbericht Stadt Kaarst zum Geschäftsjahr 2011

Passivseite

	31.12.2011	40.543,00
	€	
1. <u>Eigenkapital</u>		
1. 1. Allgemeine Rücklage	112.443,72	126.456,27
1. 2. Sonderrücklagen	0,00	0,00
1. 3. Ausgleichsrücklage	0,00	45.648,85
1. 4. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	20.576,24	-71.180,11
	133.019,95	100.925,01
2. <u>Sonderposten</u>		
2. 1. für Zuwendungen	10.523,29	13.549,85
2. 2. für Beiträge	0,00	0,00
2. 3. für den Gebührenaussgleich	0,00	0,00
2. 4. Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
	10.523,29	13.549,85
3. <u>Rückstellungen</u>		
3. 1. Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
3. 2. Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3. 3. Instandhaltungsrückstellungen	0,00	0,00
3. 4. Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5	7.263,49	19.285,34
	7.263,49	19.285,34
4. <u>Verbindlichkeiten</u>		
4. 1. Anleihen	0,00	0,00
4. 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
4. 2. 1. von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
4. 2. 2. von Beteiligungen	0,00	0,00
4. 2. 3. von Sondervermögen	0,00	0,00
4. 2. 4. vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00
4. 2. 5. vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00
4. 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur	0,00	0,00
4. 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4. 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.167,49	0,00
4. 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00
4. 7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.001,25	602,00
	2.168,74	602,00
5. <u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	5.600,00	3.001,66
Summe Passiva	158.575,47	137.363,86

Gewinn- und Verlustrechnung

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2011	Ergebnis 2010
1	Steuern und ähnliche Abgaben		
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	521.200,22	464.833,69
3	+ Sonstige Transfererträge		
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte		
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.520,00	3.287,50
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	146,00	0,00
8	+ Aktivierte Eigenleistungen		
9	+ Bestandsveränderungen		
10	= ORDENTLICHE ERTRÄGE	523.866,22	468.121,19
11	- Personalaufwendungen	84.508,14	92.726,32
12	- Versorgungsaufwendungen		
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	269.594,19	293.900,51
14	- Bilanzielle Abschreibungen	22.052,88	23.478,43
15	- Transferaufwendungen	565,55	2.473,75
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	127.291,10	127.208,28
17	= ORDENTLICHE AUFWENDUNGEN	504.011,86	539.787,29
18	= ERGEBNIS DER LAUFENDEN VERWALTUNGSTÄTIGKEIT	19.854,36	-71.666,10
19	+ Finanzerträge	721,88	485,99
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen		
21	= FINANZERGEBNIS (Zeilen 19 und 20)	721,88	485,99
22	= ORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 18 und 21)	20.576,24	71.180,11
23	+ Außerordentliche Erträge		
24	- Außerordentliche Aufwendungen		
25	= AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS (Zeilen 23 u. 24)		
26	= J A H R E S E R G E B N I S (Zeilen 22 und 25)	20.576,24	-71.180,11

Wasser- und Bodenverband Nordkanal

Basisdaten

Anschrift	Am Neumarkt 2 41564 Kaarst
Rechtsform	Wasser – und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetz vom 12. Februar 1991
Gründungsjahr	1961
Satzung	in der Fassung vom 11. Dezember 1995

Aufgabe und öffentliche Zwecksetzung des Verbandes

- Ausbau einschließlich naturnahem Rückbau und Unterhaltung von Gewässern
- Bau und Unterhaltung von Anlagen an und in Gewässern
- Schutz von Grundstücken vor Hochwasser

Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse richten sich nach dem Beitragsverhältnis (§ 31) und dem Verhältnis der Ausschussmitglieder (§ 10 Abs. 8).

Verbandsmitglied	Anzahl der Ausschussmitglieder	Beteiligungsquote
Stadt Kaarst	14	54%
Stadt Korschenbroich	6	23%
Stadt Neuss	4	15%
Stadt Willich	1	4%
Erfstverband	1	4%

Beteiligungen des Verbandes

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Organe des Verbandes

- Vorstand
- Verbandssausschuss

Vorstand

Der Vorstand besteht aus 5 Personen und wird für eine Dauer von 5 Jahren gewählt. Der Vorstandsvorsitzende ist der Verbandsvorsteher.

Im Berichtsjahr war Bürgermeister Franz-Josef Moormann Verbandsvorsteher. Weiteres ordentliches Mitglied des Vorstandes war für die Stadt Kaarst Herr Volker Schöneberg, sowie Herr Technischer Beigeordneter Manfred Meuter als stellvertretendes Mitglied.

Verbandsausschuss

Nach § 10 Abs. 8 Verbandssatzung stellt die Stadt Kaarst 14 Ausschussmitglieder. Im Berichtszeitraum waren neben dem Verbandsvorsteher folgende Personen in den Verbandsausschuss berufen:

Thissen, Theodor
Kluth, Matthias
Rademacher, Franz-Josef
Treger, Dagmar
Pruss, Klauss-Dieter
Portmann, Gerd
Imiela, Ulf
Kallmann, Jürgen
Gaumitz, Christian
Boestfleisch, Walter
Karis, Josef
Weyers, Rolf-Peter
Opial, Jan (Bereich Tiefbau, Grünentwicklung und Baubetriebshof)

Personalbestand

Nach § 21 der Verbandssatzung hat der Verband einen Kassenverwalter und einen Techniker einzustellen.

Finanzwirtschaftliche Bedeutung für den kommunalen Haushalt

Im Jahr 2011 wurde eine Verbandsumlage in Höhe von 17.892,36 Euro von der Stadt Kaarst an den Wasser- und Bodenverband Nordkanal gezahlt.

Haushalt

Der Wasser- und Bodenverband Nordkanal ist ein Zweckverband nach dem Landeswassergesetz. Dementsprechend gilt die Landeshaushaltsordnung NRW für die Aufstellung eines Haushaltes, wonach keine Verpflichtung besteht einen doppelten Haushalt aufzustellen und eine Bilanz zu erstellen.

Verwaltungshaushalt

	2011	2010
Einnahmen		
Bezeichnung		
Umlage Erschwerer	29.886,58	29.755,44
Umlage seith. Einzugsgebiet	20.613,42	19.744,56
Zinsen und sonst. Einnahmen	1.500,00	471,14
Zuführung vom Vermögenshaushalt	9.000,00	14.724,02
Zuschuss zum Gutachten	4.000,00	0,00
	65.000,00	64.695,16
Ausgaben		
Entschädigungen etc.	16.000,00	13.721,70
Schreibarbeiten	2.000,00	1.855,35
Deponiekosten	2.000,00	1.562,00
Unterhaltungsmaßnahmen	35.000,00	44.749,26
Gutachten Wasserrahmenrichtl.	5.000,00	0,00
Versicherungen	2.500,00	599,75
Vermischte Ausgaben	1.500,00	2.038,63
Pausch. Verwaltungskosten	1.000,00	168,47
Zuführung an d. Vermögenshaushalt	0,00	0,00
	65.000,00	64.695,16

Vermögenshaushalt

	2011	2010
Einnahmen		
Entnahme aus Rücklage	9.000,00	14.724,02
Zuführung aus Verwaltungshaushalt	0,00	0,00
	9.000,00	14.724,02
Ausgabe		
Zuführung zur Rücklage	0,00	0,00

Fortschreibung des Mittelbestandes

Kassenbestände	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011
Sparbuch (allg. Rücklage)	95.300,60	80.576,58	69.364,68
Festgeldkonto	1.091,34	1.091,34	1.091,34
Geschäftskonto	10.202,07	2.503,51	7.126,02
Zinsen	986,08	471,14	360,75
Zuführung in allg. Rücklage	-57,31	0,00	0,00
Entnahme aus allg. Rücklage	0,00	6.724,02	11.211,90
	<u>107.522,78</u>	<u>91.366,59</u>	<u>89.154,69</u>